

Unterarbeitsgruppe Internationales

**Bericht**

erstellt von  
Thomas M. Buchsbaum

Wien, 20.Oktober 2004<sup>w</sup>

**Inhaltsübersicht:**

<i>Executive Summary</i>	Seite 2
Genesis und Mandat des Berichts	Seite 4
Organisation der Arbeit	Seite 5
"E-Voting"	Seite 6
Staatenpraxis	Seite 9
I-Voting in ausgewählten Ländern	Seite 13
England (S.13), Schweiz (S.14), Frankreich (S.15)	
Niederlande (S.16), USA (S.16), Spanien (S.16), Estland (S.17)	
Bulgarien (S.17), Japan (S.18), Slowakei (S.18), andere (S.19)	
Auslands-E-Voting	Seite 20
E-Voting-Empfehlung des Europarates	Seite 21
Rechtsquellen und politische Vorgaben	Seite 23
Befassung der OSZE	Seite 26
Erfahrungen und Evaluierung	Seite 28
<i>27 lessons learnt</i> (Empfehlungen) - S.29	
Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	Seite 31

Anhänge (Original-Texte):

1: indikative Liste der Gründe einzelner Staaten an der Einführung von E-Voting (aus der Empfehlung des Europarates zu E-Voting-Standards)	Seite 33
2: Schweizerische Rechtsquellen	
3: <i>[Netherlands] Interim Rules on Experiments Conducted as part of the Remote Electronic Voting Project (Remote Electronic Voting Experiments Act)</i>	Seite 34
4: Auszüge aus französischen Rechtsquellen	Seite 38
5: Bestimmungen des estnischen <i>Riigikogu Election Act</i>	Seite 40
6: bulgarischer E-Voting-Gesetzesentwurf	Seite 61

## Arbeitsgruppe E-Voting im BMI

### Unterarbeitsgruppe Internationales

#### Bericht

erstellt von  
Thomas M. Buchsbaum

Wien, 20. Oktober 2004

#### I) **Executive Summary**

*E-Voting ist für viele Menschen neu und weckt daher Hoffungen und Ängste. Beide dieser Reaktionen sind berechtigt und verdienen Beachtung und intensive Bearbeitung. Der vorliegende Bericht möchte dazu die im Ausland gemachten Erfahrungen beitragen.*

*Es gibt keine allgemein vereinbarte Terminologie zu E-Voting. Der Bericht bezieht sich hauptsächlich auf I[nternet]-Voting außerhalb von Behördenräumlichkeiten ("Distanz-I-Voting"). Dies ist besonders nutzer-/kundenfreundlich und vielfach nachgefragt, aber auch besonders reich an Herausforderungen einschließlich der fehlenden staatlichen Kontrolle über einen Teil der auf Anwenderseite eingesetzten Technologien. Weiters stellt I-Voting die elektronische Form der Briefwahl dar.*

*Während E-Voting in der Wahlzelle heute weltweit verbreitet ist, sind I-Voting-Einsätze noch auf einige hochindustrialisierte Länder beschränkt, denen eine BürgerInnen-freundliche Verwaltung (good governance), die Förderung der Beteiligung an Wahlen sowie Verwaltungsreform/-vereinfachung/-verbilligung wichtige Anliegen sind.*

*Rechtsverbindliche Testwahlen (Echttests) mit I-Voting bei politischen Wahlen und Referenden wurden in den letzten paar Jahren bereits in England (Regionalwahlen seit 2002), der Schweiz (Regionalreferenden seit 2003, Bundesreferendum vom 26. September 2004), Japan (auf Gemeindeebene seit 2003), den Niederlanden (EP-Wahl 2004) und Spanien (Lokalreferendum 2004) durchgeführt. Dazu zu zählen ist auch ein breiter I-Voting-Echttest bei der Wahl der Delegierten des Obersten Rates der Auslandsfranzosen, einer öffentlichen Körperschaft, aus der 12 Mitglieder des französischen Senats hervorgehen, und deren Wahlen daher als politisch einzustufen sind. In Planung sind breiteres I-Voting in Estland (Lokalwahlen im Herbst 2005) und Spanien (ev. EU-Referendum 2005).*

*Bei vielen der I-Voting-interessierten Staaten liegt ein Fokus auf den AuslandsbürgerInnen, weil dort I-Voting besondere Vorteile aufzuweisen hat und aktiv nachgefragt wird.*

*Der Europarat (ER) hat sich den Fragen des E-Voting umfassend angenommen und rasch Ergebnisse erzielt. Am 30. September 2004 wurde die 'Empfehlung des [ER-]Ministerkomitees über juristische, operationelle und technische Standards des E-Voting' verabschiedet. Dieser Text enthält erste multilaterale Standards bzw. Anforderungen zu E-Voting und ist für Österreich seit diesem Datum (politisch) verbindlich. Vor diesem Hintergrund wären bestehende gesetzliche und VO-Regelungen zu E-Voting im Lichte der ER-Empfehlungen zu überprüfen sowie*

diese bei der Erarbeitung und Verabschiedung ev. derartiger Regelungen in Zukunft zu berücksichtigen.

Andere internationale Organisationen befassen sich nicht so intensiv mit E-Voting wie der ER: Die EK finanziert(e) Pilotprojekte, die OSZE hat das Thema erst jüngst einmal kurz behandelt.

Weitere nicht-österreichische Quellen von Interesse sind ausländische gesetzliche und Verwaltungs-Regelungen und Vorgaben - einschließlich solcher zu Datenschutzfragen. Dazu werden in dem Bericht Texte und Links angeboten, sowie Rechtsmeinungen (auch im Bereich internationaler Organisationen) und wissenschaftliche Beiträge.

Gerade zu I-Voting sind jegliche Zusammenfassung und Schlussfolgerungen als temporär definiertes Abbild stark im Fluss befindlicher Entwicklungen zu sehen. Aufgrund der noch geringen Zahl der I-Voting-Einsätze und deren TeilnehmerInnen sowie auch der umfassenden Berichte können lessons learnt nur ansatzweise und punktuell festgestellt und wiedergegeben werden. Im Bericht werden 27 Punkte angeführt, die alle gemeinsam bei einer Einführung von E-Voting beachtet werden sollten, um die Einführung sachgerecht, politisch richtig sowie effektiv zu gestalten.

Distanz-I-Voting, wenn als zusätzlicher, optionaler Weg der Stimmabgabe angeboten, enthält einerseits Vorteile gegenüber herkömmlichen Arten der Stimmabgabe für WählerInnen und Verwaltung, wird daher nachgefragt und von einer Reihe unterschiedlicher Akteure international breit behandelt

Zu den allgemein-anerkannten Hauptzielen des E-Voting zählen Erleichterungen für die WählerInnen und die Verwaltung, Zugangsmöglichkeiten zur (geheimen) Stimmabgabe für einen größeren Teil der Wahlberechtigten als davor, Entsprechung dem Kommunikations- und Transaktionsverhalten der Bevölkerung, Qualitätsverbesserungen bei Stimmzählung und einzelnen Sicherheitsfaktoren gegenüber herkömmlichen Verfahren, sowie die Möglichkeit, die Abgabe (ungewollt) ungültiger Stimmen zu verhindern

Es beinhaltet aber auch eine Reihe von Herausforderungen politischer, technischer, juristischer und sozio-kultureller Art. So sind insbesondere die juristischen Grundsätze des geheimen und persönlichen Wahlrechts auch bei I-Voting einzuhalten. Ebenso sind Fragen der Identifikation und Authentifizierung sowie der Anonymität der Stimme bei kontinuierlicher Überprüfbarkeit insbesondere nach Durchführung der Wahl (audit trail) technisch zu lösen. Vor allem aber muss E-Voting von allen Beteiligten als sicher und verlässlich erachtet werden, muss Vertrauen in das System, dessen (staatliche) Verantwortliche, dessen Kontrolle und Kontrolleure bestehen. Noch nicht alle Herausforderungen bei allen E-Voting-Arten sind gelöst, wohl aber manche bei manchen, und an anderen wird international intensiv gearbeitet.

Wichtig bei einer Einführung von I-Voting ist neben der Meisterung aller Herausforderungen und einer stufenweisen Einführung (von unverbindlichen Tests zu rechtsgültigen Anwendungen sowie von kleinen zu größeren TeilnehmerInnen-Zahlen) ein umsichtiges, breit konsultiertes und völlig transparentes Vorgehen unter Priorisierung von Sicherheitsaspekten und Beachtung der Technologieneutralität - um neben der Bewältigung der technischen wie operationellen Herausforderungen insbesondere das Vertrauen der WählerInnen in diese neue - nur zusätzliche, optionale - Möglichkeit der Stimmabgabe zu erlangen.

## II) Genesis und Mandat des Berichts

Das Bundesministerium für Inneres hat im Spätfrühjahr 2004 eine *Arbeitsgruppe zu E-Voting* mit breiter Teilnehmerschaft ins Leben gerufen. In diese Arbeitsgruppe sind neben VertreterInnen verschiedener Bundesministerien auch solche der Wissenschaft und der Industrie eingebunden. Über Auftrag von Bundesminister Strasser sollen die rechtlichen, technischen und ökonomischen Erfordernisse für die Umsetzung eines allfälligen E-Voting-Konzepts in Österreich festgestellt werden. Ohne andere Formen von E-Voting völlig außer Acht zu lassen, wird im Rahmen dieser Arbeitsgruppe unter E-Voting eine *Distanzwahl von einem PC* aus verstanden (in der Folge hier als *Distanz-I-Voting* bezeichnet).

Die Arbeitsgruppe soll *E-Voting-Projekte im Inland und im Ausland sichten*, den Diskussionsstand betreffend den Einsatz von E-Voting insbesondere in Europa analysieren und die Empfehlung des Ministerkomitees des Europarates über legislative, operationelle und technische Standards von E-Voting auf ihre innerstaatliche Umsetzbarkeit prüfen. Die Arbeit dieser AG geschieht unabhängig von einer allf. politischen Entscheidung der Bundesregierung oder des Gesetzgebers, Schritte zum Testen von E-Voting für einen allf. Einsatz bei politischen o.a. Wahlen u.ä. zu unternehmen.

Zu legislativen, technischen und internationalen Fragen wurde je eine Unterarbeitsgruppe eingerichtet. Aufgrund der umfassenden Vorarbeiten sowie der bestehenden Expertise zum Thema wurde dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten in der Person des Leiters dessen Abteilung IV.3 die Leitung der Unterarbeitsgruppe 3 (UAG/int) übertragen.

Die UAG/int soll insbesondere Folgendes behandeln:

- (1) Frage, wo auf staatlicher Ebene E-Voting schon jetzt eingesetzt wird;
- (2) Darstellung der Rechtsgrundlagen in jenen Staaten, in denen E-Voting eingesetzt wird;
- (3) Evaluierung der Erfahrungen mit der Durchführung von E-Voting im Ausland;
- (4) Stand der Planungen im Ausland;
- (5) besondere Beleuchtung der Situation im Vereinigten Königreich, in Estland, in Irland, in der Schweiz und in Spanien, sowie in den USA, in Indien und in Brasilien;
- (6) Stärken und Schwächen von E-Voting-Systemen.

Die UAG/int hat die in anderen Staaten gemachten Erfahrungen zu beachten und deren mögliche Umsetzung in Österreich im Lichte des bestehenden - und im Falle einer E-Voting-Einführung zu ändernden - österreichischen Wahlrechts zu prüfen.

### III) Organisation der Arbeit

Neben vier vom BMI vorgegebenen MitarbeiterInnen der AG/int wurde eine Reihe österreichischer und ausländischer ExpertInnen zur Mitarbeit eingeladen. Aus Österreich wurden - im Anschluss an die Teilnahme an der Arbeitsgruppe - alle mit E-Voting befassten Kreise einbezogen. Aus dem Ausland wurden ExpertInnen nur von Ländern mit Distanz-I-Voting(-Projekten) in Betracht gezogen. Weiters wurde das weltweite Netz der österreichischen Botschaften und Berufskonsulate im Ausland für aktuelle Informationseinholung genutzt.

Auf eine breitere direkte ausländische Beteiligung wurde sowohl aus Zeitgründen als auch aufgrund ohnehin laufender Kontakte des UAG-Leiters seit nahezu zwei Jahren mit den wichtigsten staatlichen und wissenschaftlichen ExpertInnen in Ländern mit E-Voting(-Projekten) sowie der dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten vorliegenden einschlägigen Berichten seiner Botschaften im Ausland verzichtet.

Aufgrund der geringen zur Verfügung stehenden Zeit, die noch dazu zu einem großen Teil in den Sommer fiel, der allgemeinen Be- und Überlastung mit Sitzungsterminen sowie der besonderen Eigenschaft der MitarbeiterInnen der AG/int (geographisch distanz) wurde auf physische Sitzungen verzichtet und die Arbeit auf elektronischem Wege durchgeführt. Hauptbeitrag der MitarbeiterInnen waren Texte zu legislativen und operativen Fakten sowie Bewertungen zu aktuell relevanten I-Voting(-Projekten). Besonderer Dank ergeht in diesem Zusammenhang an die E-Voting-ExpertInnen der Schweiz und Deutschlands sowie an die in- und ausländischen LektorInnen der Rohfassung.

Aufgrund der dargestellten Ausgangslage und Organisation der Arbeit wurde der Bericht vom UAG-Leiter in eigener Verantwortung verfasst. Terminologisch orientiert sich der Bericht an Begriffen des österreichischen Wahlrechts - zB Wählerevidenz, Wählerverzeichnis, Wählerlisten, Wahllokal -, wobei Volksabstimmung und Volksbefragung unter den generischen Begriff des *Referendums* subsumiert und Wahlen zu den Abgeordneten zum Europäischen Parlament (EP) als *EP-Wahlen*<sup>1</sup> bezeichnet werden. Aufgrund des Charakters des Berichts wurde auf Fußnoten mit wissenschaftlichem Anspruch bewusst verzichtet und wurden diese auf ein informatives Minimum beschränkt. Umfassende Zitate befinden sich in Links, die in Fußnoten angeführt sind, sowie im Anhang.

---

<sup>1</sup> und nicht "Europawahlen"

## IV) "E-Voting"

E-Voting ist ebenso wie die damit eng in Verbindung stehenden Begriffe von E-Government, E-Administration, E-Governance, E-Democracy und E-Participation - für alle Beteiligten ein relativ neues Konzept. Auch wenn einzelne Elemente und Lösungen seit bis zu 20 Jahren wissenschaftlich vorliegen. E-Voting weckt daher Hoffungen und Ängste. Beide dieser Reaktionen sind berechtigt und verdienen Beachtung und intensive Bearbeitung. Der vorliegende Bericht möchte dazu die im Ausland gemachten Erfahrungen beitragen.

E-Voting ist neben der Frage der technischen Machbarkeit und Verlässlichkeit vor allem eine politische Frage. Sie berührt Grundfragen der Demokratie und des Rechtsstaats und hat damit Relevanz für jede/n einzelne/n BürgerIn. E-Voting ist insbesondere eng mit Fragen des Wahlrechts verknüpft, weshalb auch innen- bzw. parteipolitische Faktoren eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Und die Involvierung vieler Behörden im ganzen Land in die Wahladministration bringt auch Verwaltungs(reform)-Fragen mit sich.

Der Begriff "E-Voting" kommt von „*electronic voting*“ und wird heute in der internationalen Öffentlichkeit für viele und sehr unterschiedliche Prozesse verwendet. Es fehlen zu E-Voting eine einheitliche Terminologie und vielfach auch entsprechende Standards. Allen Verwendungen des Begriffs "E-Voting" gemeinsam ist lediglich die Nutzung elektronischer Medien zur Einholung bzw. Abgabe von Meinungen. Nicht mit E-Voting vermischt werden sollten vor allem unverbindliche elektronische Abstimmungen (*e-consultation*) - insbesondere Meinungserhebungen oder Meinungsumfragen - per Internet. Ferner sollten mit Diskussionen über E-Voting *nicht* vermengt werden Debatten über die Weiterentwicklung oder Ausweitung der Demokratie (so legitim diese auch sein mögen) - vor allem in Richtung direkter(er) Demokratie (*e-democracy, e-participation*).

Einfache Anwendungen von E-Voting sind eine zentrale - bzw. vernetzte - elektronische Wählererevidenz<sup>2</sup> sowie die elektronische Ermittlung und Übermittlung von Wahlergebnissen. Eine weitere Möglichkeit sind mechanische Wahlmaschinen mit elektronischer Stimmzählung (und ev. sofortiger Ergebnisweiterleitung), oder Wahlurnen, in deren Einwurfschlitz ein Lesegerät integriert ist, das die Stimmen sofort zählt und eventuell auch weiterleitet. Technisch schwieriger wird es, wenn der Stimmzettel in der Wahlzelle anstatt auf Papier auf einem Bildschirm zur Verfügung gestellt wird, vor allem, wenn viele KandidatInnen gleichzeitig aufscheinen müssen. Juristisch wie technisch noch schwieriger ist, wenn WählerInnen ohne physische Präsenz von BehördenvertreterInnen elektronisch abstimmen. - Technisch schwierig ist va die Übermittlung der Stimme, juristisch die Sicherung der Grundsätze der geheimen und persönlichen Wahl. - Am schwierigsten wird es, wenn der elektronische Stimmzettel an den Computer "nach Hause" geliefert wird und von dort

---

<sup>2</sup> die auch elektronische Zugangsmöglichkeiten zu Wählerverzeichnissen und -listen für lokale Wahlkommissionen am Wahltag sowie elektronische Einsichts- und Änderungs-Beantragungsmöglichkeiten durch die Öffentlichkeit beinhalten kann (zB Australien: <https://oevf.aec.gov.au>) oder Online-Wählerregistrierungen (zB kanadische Studie: [www.elections.ca/content.asp?section=loi&document=index&dir=fea&lang=e&textonly=false](http://www.elections.ca/content.asp?section=loi&document=index&dir=fea&lang=e&textonly=false))

ausgefüllt per Internet wieder an die Wahlkommission gelangt: „Distanz-I[nternet]-Voting“.

Vereinfacht kann man zwei Hauptformen von E-Voting unterscheiden:

- E-Voting im Wahllokal: (unter Gewährleistung des Wahlgeheimnisses) von BehördenvertreterInnen physisch überwacht / *supervised*; und
- E-Voting außerhalb dessen: *remote* / Distanz-E-Voting (zB zu Hause, im Büro, im Supermarkt, im Flugzeug).

Weitere Unterscheidungsmöglichkeiten ergeben sich aus den eingesetzten Geräten und Datentransferwegen. Für E-Voting können zur Benutzung durch die WählerInnen unterschiedliche bestehende oder speziell für Wahlen entwickelte Geräte eingesetzt werden: Wahlmaschinen, Computer, Tastentelefone, *Palm*-Geräte / *Handhelds*, Mobiltelefone, Digital-TV-Apparate. Manche davon können sowohl in überwachter als auch nicht-überwachter Umgebung ihren Platz haben. Für E-Voting stehen ferner unterschiedliche Datentransferwege zur Verfügung: Telefon, Internet, staatliche/private Netze, "händisch" auf Datenträgern.

Zum Verständnis von E-Voting ist hier zu ergänzen, dass es insbesondere aus juristischer Sicht *eine* Form der Briefwahl darstellt, da diese sowohl auf Papier und mit Postdiensten als auch elektronisch ausgestaltet sein kann.<sup>3</sup> In Falle des E-Voting wird der „(Wahl-)Brief“ mit dem Stimmzettel anstatt mit öffentlichen oder privaten Postdiensten elektronisch befördert und steht ebenso unter dem Schutz des Briefgeheimnisses.

Da im Rahmen der *Arbeitsgruppe zu E-Voting* des BMI der Begriffsinhalt zu "E-Voting" mit "Distanz-I[nternet]-Voting" vorgegeben wurde, beschränkt sich der vorliegende Bericht in der Folge im Wesentlichen auf diese Form. Andere Formen werden nur kurz angesprochen, jedoch auch dazu eine summarische Länderübersicht geboten. Zu I-Voting in den betreffenden Ländern werden neben Darstellungen der Entwicklungen und Pläne für die Zukunft auch umfassende Anhänge mit Rechtstexten - bzw. entsprechende Links dazu - zur Verfügung gestellt.

E-Voting in seinen vielfältigen Formen hat während der letzten Jahre eine zunehmende Verbreitung und ein zunehmendes Interesse erfahren. Zu den unterschiedlichen Akteuren zählen Staaten, internationale Organisationen, die Wissenschaft einschließlich insbesondere ihrer juristischen und IKT-ExpertInnen, sowie die Industrie - mit unterschiedlichen und zT gegensätzlichen Zielen: zB Schnelligkeit (Markführerschaft) gegenüber stufenweisem Vorgehen (Schaffung von Akzeptanz und Vertrauen), Bedienungskomfort gegenüber gesicherter Geheimhaltung; Einzelwissenschaftsentwicklung gegenüber integriertem und multidisziplinärem Vorgehen.

---

<sup>3</sup> was jedoch manche Detail-Unterschiede zwischen Post-Briefwahl und Distanz-E-Voting vor allem im technischen Bereich - zB Rückverfolgbarkeit des Datenweges, sowie Möglichkeiten eines gänzlichen System-Zusammenbruchs - nicht negieren soll

In einzelnen Staaten und bei einzelnen Personengruppen besteht erhebliches Interesse an der Einführung von E-Voting.<sup>4</sup> Dieses kann ua durch den Wunsch nach einer effektiveren oder einfacheren Stimmabgabe, durch kommerzielle oder wissenschaftliche Interessen begründet sein. Auch das jüngst veröffentlichte Grünbuch des Europarates zur Zukunft der Demokratie in Europa schlägt die Einführung von Distanz-E-Voting vor.<sup>5</sup> Die Positionen einzelner Staaten im Verhältnis zu E-Voting spiegeln auch bei gleichen technischen Gegebenheiten unterschiedliche Verständnisse von Staat, Behörden und BürgerInnen wider. Derartige kulturelle Faktoren stellen einen wichtigen Faktor jeder E-Voting-Diskussion dar.

---

<sup>4</sup> eine indikative Liste der Gründe *einzelner* Staaten für die Einführung von E-Voting aus der Empfehlung des Europarates zu E-Voting-Standards findet sich im Anhang 1

<sup>5</sup> *Green Paper on "The future of democracy in Europe", Trends, analyses and reforms*, Strasbourg, [Sommer] 2004,  
[www.coe.int/t/e/integrated\\_projects/democracy/05\\_Key\\_texts/02\\_Green\\_Paper/gp\\_01.asp#TopOfPage](http://www.coe.int/t/e/integrated_projects/democracy/05_Key_texts/02_Green_Paper/gp_01.asp#TopOfPage)



## V) Staatenpraxis<sup>6</sup>

E-Voting in seinen vielfältigen Formen ist eine immer breiter werdende Realität in der Welt. Ob in der Wahlzelle, ob an öffentlich zugänglichen Orten, oder ob vom "Heimcomputer": E-Voting wird heute in einer Reihe von Ländern bereits angewandt, getestet oder geplant. Dazu wird in der Folge eine summarische Übersicht mit Stand Mitte 2004 gegeben werden.

Zu unterscheiden beim Einsatz oder geplantem E-Voting sind zunächst

- der Volleinsatz von E-Voting bei bestimmten Wahlen - zumindest in einem bestimmten Gebiet oder für einen bestimmten Personenkreis -,
- ein rechtsgültiger probeweiser Einsatz (Testwahlen / Echtttest - "*pilots*"), und
- unverbindliche Testläufe (Wahltests - "*tests*").

Weiters zu unterscheiden sind der Einsatz

- bei gesamtstaatlichen Wahlen (Staatsoberhaupt, nationales Parlament, Europäisches Parlament) und gesamtstaatlichen Referenden,
- bei Regional- und Lokalwahlen sowie regionalen und lokalen Referenden, und
- bei "nicht-politischen" Wahlen (Gesellschaftsgremien - wie Vorstände oder Aufsichtsräte -, Betriebsräte, Beiräte, Vereinsgremien uä), wobei dabei solche des öffentlichen Rechts (zB Körperschaften) von jenen des Privatrechts (zB Vereinen) zu unterscheiden wären.

E-Voting kommt derzeit vor allem einerseits bei rechtsverbindlichen Testwahlen ("Echtttests") und unverbindlichen Wahltests sowie andererseits bei Regionalwahlen und -referenden und bei "nicht-politischen" Wahlen zum Einsatz. E-Voting in der Wahlzelle existiert allerdings bereits in breiterer Form bei Gesamtstaatswahlen in Belgien, den Niederlanden,<sup>7</sup> den USA, Russland, Aserbaidschan, Brasilien, Paraguay und Indien und in Einzel- bzw. Testfällen zB auch in Deutschland, Kanada, Portugal, Dänemark und Australien. Oder es ist nach Tests für eine breitere Einführung in Planung bzw. Überlegung (Irland, Portugal, Finnland, Kasachstan, Kanada, Mexiko, Venezuela, Peru, Kolumbien).

Rechtsverbindliche Testwahlen (Echtttests) mit I-Voting bei politischen Wahlen und Referenden wurden in den letzten paar Jahren bereits in England (Regionalwahlen seit 2002), der Schweiz (Regionalreferenden seit 2003, Bundesreferendum vom 26. September 2004), Japan (auf Gemeindeebene seit 2003), den Niederlanden (EP-Wahl 2004) und Spanien (Lokalreferendum 2004) durchgeführt. Dazuzuzählen ist auch ein breiter I-Voting-Echtttest bei der Wahl der Delegierten des *Obersten Rates der Auslandsfranzosen*, einer öffentlichen Körperschaft, aus der 12 Mitglieder des französischen Oberhauses - Senats - hervorgehen, und deren Wahlen daher als

---

<sup>6</sup> obwohl der vorliegende Bericht ausländische I-Voting-Praxis nur darstellen soll und dies auch unternimmt, sollte hier angeführt werden, dass es keiner besonderen Betonung bedarf, dass die skizzierte ausländische Rechtslage bzw die zu beobachtende Staatenpraxis für ev. künftige österreichische Schritte in Richtung E-Voting nur bedingt Anhaltspunkte liefern können und letztlich im Lichte der spezifischen nationalen Verfassungs(rechts)tradition zu untersuchen sein werden

<sup>7</sup> seit 1974; bei den letzten Parlamentswahlen vom Mai 2002 haben 95% aller Gemeinden elektronische Wahlmaschinen eingesetzt

politisch einzustufen sind. In Planung sind breiteres I-Voting in Estland (Lokalwahlen im Herbst 2005) und Spanien (ev. EU-Referendum 2005).

Frankreich plant einen behutsamen Weg des I-Voting ausgehend von Institutionen öffentlichen Rechts (Arbeitsrichtern, Berufsvereinigungen) zu politischen Wahlen. Deutschland geht seinen Weg der unverbindlichen Tests und Echttests bei "nicht-politischen Wahlen" - Studenten-, Personalvertretungs-, Betriebsrats- und Seniorenbeiratswahlen - weiter. In der Schweiz werden weitere Tests - in den Kantonen Zürich und Neuchâtel/Neuenburg - 2004/05 beginnen.

Darüber hinaus haben - wie Österreich<sup>8</sup> - einige weitere Länder bzw. Teilstaaten - einschließlich Frankreich,<sup>9</sup> Italien,<sup>10</sup> Katalanien,<sup>11</sup> Spanien,<sup>12</sup> Deutschland,<sup>13</sup> und Portugal - unverbindliche I-Voting-Tests abgehalten: im staatlichen ("politischen") oder privaten ("nicht-politischen") Bereich.

Slowenien, Ungarn und Bulgarien verfügen über E-Voting-Konzepte in der Form von Gesetzesentwürfen, die jedoch noch nicht die Zustimmung des jeweiligen Parlaments erhalten haben. Die Tschechische Republik und Rumänien haben Tests in Aussicht genommen. In Kanada besteht eine gesetzliche Ermächtigung, E-Voting-Studien und -Tests durchzuführen.

Wie Österreich hat eine Reihe von weiteren Staaten - einschließlich Schwedens, Norwegens, Luxemburgs und Bulgariens - auf politischer oder Verwaltungsebene Kommissionen eingesetzt, die sich den Fragen eines möglichen E-Voting widmen - oder bestehende Gremien mit dieser Frage betraut. Ihr Ziel ist es im allgemeinen, vor raschen bzw. überhasteten Schritten, welche zu inhaltlichen oder Vertrauensproblemen führen und somit dem grundsätzlichen Wunsch nach Einführung von E-Voting zuwider laufen könnten, - auch über die Grenzen des eigenen Landes hinaus - Fakten zu erheben, WählerInnen-Wünsche und Notwendigkeiten zu identifizieren, Machbarkeitsstudien in Auftrag zu geben und zu prüfen sowie Roadmaps zu erstellen.

In vielen Ländern sind Überlegungen und Aktivitäten zu E-Voting mit Bemühungen und Schritten zu E-Government,<sup>14</sup> E-Administration und E-Governance verbunden. Hier spielt ua auch multilateral vereinbartes Vorgehen eine Rolle, wie zB im Rahmen der Aktionspläne *eEurope* der EU samt dazu eingeführtem *benchmarking*.<sup>15</sup> Ein weiterer mit E-Voting in einigen Staaten in engem Zusammenhang stehender Bereich ist die elektronische Unterschrift, mittels derer auf elektronischem Weg

---

<sup>8</sup> s. [www.e-voting.at](http://www.e-voting.at)

<sup>9</sup> Parlamentswahl Juni 2002 in Vandoeuvre-lès-Nancy und I-Referendum in Issy-les-Moulineaux im November 2002

<sup>10</sup> zB bei Lokalwahlen von 17. November 2003 in Avellino, Campobasso und Cremona

<sup>11</sup> s. Unterkapitel VI.6 im Haupttext

<sup>12</sup> zuletzt parallel zur Parlamentswahl vom 14. März 2004 in Lugo (Mosteiro-Pol), Zamora und Toro (Zamora)

<sup>13</sup> zB [www.i-vote.de](http://www.i-vote.de) und <http://forschungsprojekt-wien.de>

<sup>14</sup> [in Österreich s. das *E-Government-Gesetz (E-GovG)*, das am 1. März 2004 in Kraft getreten (BGBl. I Nr. 10/2004, elektronisch-authentisch unter [http://ris1.bka.intra.gv.at/authentic/findbgbl.aspx?name=entwurf&format=html&docid=COO\\_2026\\_100\\_2\\_30412](http://ris1.bka.intra.gv.at/authentic/findbgbl.aspx?name=entwurf&format=html&docid=COO_2026_100_2_30412) ]

<sup>15</sup> [http://europa.eu.int/information\\_society/eeurope](http://europa.eu.int/information_society/eeurope)

rechtswirksam gefertigt werden kann. Auch dazu gibt es multilaterale Vorgaben der EU,<sup>16</sup> die in Österreich bereits mittels Gesetz und Verordnung zur elektronischen Signatur durchgeführt sind.<sup>17</sup>

Zu Rechtsquellen und anderen staatlichen Vorgaben s. Abschnitt IX.

Weiters liegt eine Zahl wissenschaftlicher Publikationen zu verschiedenen Aspekten von E-Voting vor.<sup>18</sup> Manche davon erreichten eine derartige öffentliche oder politische Beachtung, dass sie im Jahre 2004 zu einem Einfrieren von E-Voting-Projekten führten (USA, Irland).<sup>19</sup>

Auf drei staatenübergreifende Aspekte der technischen und organisatorischen Umsetzung von E-Voting soll hier eingegangen werden: die aktuelle Diskussion zu einer zentralen elektronischen Wählerevidenz, ein ev. Papierausdruck des ausgefüllten elektronischen Stimmzettels, und den Zeitraum zur elektronischen Stimmabgabe bei Distanz-I-Voting.

Eine zentrale elektronische Wählerevidenz wird als eine Grundvoraussetzung eines effektiven und bürgerfreundlichen I-Votings angesehen, auch wenn die mit ihrer Erstellung und dem Zugang zu ihr - bzw. zu Wählerverzeichnissen - verbundenen und noch bestehenden Herausforderungen in einzelnen Ländern nicht verkannt werden. Die Schweiz und Großbritannien haben erkannt, dass dazu dringender Arbeitsbedarf besteht [und dort wesentlich schwieriger ist als in Österreich].<sup>20</sup> Da E-Government neben Anderem *va Erleichterungen* für die *interessierten* BürgerInnen mit sich bringen soll, sind administrative Hürden wie eine spezielle vorausgehende Registrierungsnotwendigkeit für E-Voting, ein damit verbundener Ausschluss der Papierwahlmöglichkeit, die Unmöglichkeit der Stimmabgabe in *irgendeinem* Wahllokal, schwierig zu vermittelnde zeitliche Einschränkungen uä möglichst zu vermeiden. Es ist zB bei Distanz-E-Voting-Einsätzen allgemeine Praxis geworden, *allen* WählerInnen Unterlagen zu *allen* Wahlmodi zuzusenden und damit bereits alle Möglichkeiten der Stimmabgabe amtswegig zu ermöglichen.

Diffiziler und kontroversiell verläuft die internationale Diskussion zum Papierausdruck der abgegebenen Stimme, wobei sich diese Debatte - auch wenn dies in öffentlichen Beiträgen nicht deutlich gemacht wird - ausschließlich auf E-Voting im Wahllokal bezieht und daher in diesem Bericht nicht von (besonderer) Relevanz ist. Die ER-

<sup>16</sup> s. Richtlinie 1999/93/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 1999 über gemeinschaftliche Rahmenbedingungen für elektronische Signaturen

<sup>17</sup> Signaturgesetz, BGBl. I Nr. 190/1999 idGF (zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 152/2001) bzw. Signaturverordnung, BGBl. II Nr. 30/2000.

<sup>18</sup> zB jüngst Alexander PROSSER, Robert KRIMMER (Eds.), *Electronic Voting in Europe - Technology, Law, Politics and Society*, Gesellschaft für Informatik, Bonn 2004

<sup>19</sup> zB Jefferson D., Rubin A.D., Simons B., Wagner D., *A Security Analysis of the Secure Electronic Registration and Voting Experiment (SERVE), January 20, 2004*, [www.servesecurityreport.org](http://www.servesecurityreport.org), und McGaley M.; Gibson J.P.: *Electronic Voting: A Safety Critical System*; Department of Computer Science, National University of Ireland, Maynooth, March 2003, [www.cs.may.ie/research/reports/2003/nuim-cs-tr-2003-02.pdf](http://www.cs.may.ie/research/reports/2003/nuim-cs-tr-2003-02.pdf)

<sup>20</sup> s. Alexander Xanakis, Hariton M. Polatoglu: *The UK Deployment of the E-Electoral Register*, in: Alexander Prosser, Robert Krimmer, s.o., pp. 143-152; die Schweiz testet aus real-politischen Gründen im Zürcher Projekt alternative Ansätze

Empfehlung [sowie auch österreichische ExpertInnen] legen großen Wert darauf, dass die WählerInnen nicht in den Besitz eines schriftlichen Beweises ihrer Wahlentscheidung gelangen können, und wollen daher einen Papierausdruck der abgegebenen Stimme *va* aus Stimmenkaufgründen absolut verunmöglichen - was im Übrigen einem deutlichen Übereilungsschutz sowie einer elektronischen, ausdrückbaren Bestätigung über die erfolgreiche Registrierung der abgegebenen Stimmen durch die elektronische Wahlurne (Wahlurnenserver) nicht entgegensteht. Dagegen sind in den USA - und (dadurch) auch der OSZE<sup>21</sup> - Tendenzen erkennbar, einen Papierausdruck der (*va* im Wahllokal) elektronisch abgegebenen Stimme als *conditio sine qua non* des E-Voting zu verlangen. Gründe dafür seien neben der unmittelbaren, physischen Kontrolle durch die WählerInnen eine physische Nachzählmöglichkeit durch die Behörde sowie *va* das Wählervertrauen. Letzteres sei durch elektronische Nachzählsysteme und Papierausdrucken nur bei Anfechtungen nicht zu erzeugen. Hintergrund der Forderung nach einem Papierausdruck der elektronisch abgegebenen Stimme sind in den USA neben dessen Propagierung durch eine prononcierte Wissenschaftlerin *va* zum (vor)schnellen Einsatz gekommene unzuverlässige E-Wahlmaschinen und die Nähe mancher Herstellerfirmen zu einer einzelnen politischen Partei.

Viel Raum in Diskussionen nimmt die Frage ein, während welchen Zeitraums Distanz-Voting angeboten werden soll. Soll es im Vergleich zur Stimmabgabezeit im Wahllokal gleich lang, etwas länger oder viel länger (wie zB bei der Post-Briefwahl), und soll es gleichzeitig, getrennt oder überlappend stattfinden können? Dazu sollte ein pragmatischer, realistischer Weg eingeschlagen werden, bis das anvisierte jeweils "ideale" Endziel realisierbar sein wird. Für den Fall, dass E-Voting als Teil von E-Governance als Staats- bzw. Behörden-Service für BürgerInnen verstanden wird und es die Wahlbeteiligung positiv beeinflussen soll, erschiene es logischerweise angebracht, dieses parallel zu den Öffnungszeiten der Wahllokale und aus Überlegungen der KundInnen-/NutzerInnen-Freundlichkeit - unvorhergesehene Ortswechsel, Berufs-, Familien- und Freizeitgründe, Aufenthalt in unterschiedlichen Zeitzonen, oder Bequemlichkeit - um Einiges zeitlich darüber hinaus (wohl davor) verfügbar zu sein. Ein früheres Ende der Stimmabgabemöglichkeit bei Distanz-I-Voting als im Wahllokal wäre schwierig effektiv zu vermitteln, und fehlende Nutzungsmöglichkeiten von I-Voting während der Nachtstunden würde das I-Voting gerade eines dessen besonderer Vorteile berauben.<sup>22</sup>

Sollten jedoch aus Gründen von noch nicht vollständig verwirklichten Zugriffsmöglichkeiten zum aktuellen Stand der Wählerverzeichnisse und -listen - ein wichtiges E-Voting-Ziel! - seitens *aller* Distanz-I-WählerInnen und *aller* Wahlsprengelleiter lokale Zwischenlösungen interimistisch anzudenken und durchzuführen sein, wären diese möglichst wählerInnen-freundlich und -verständlich auszugestalten. (Solche *Zwischen*-Lösungen sind vor allem in jenem Fall anzudenken, wenn noch nicht alle Wahllokale zeitgleich feststellen können, ob ein/e Distanz-I-WählerIn seine/ihre Stimme bereits elektronisch abgegeben hat und daher solches nicht mehr im Wahllokal unternehmen dürfte.)

<sup>21</sup> s. dazu auch Kapitel X ('*Befassung der OSZE*')

<sup>22</sup> jede E-Voting einführende Einheit kann dazu eigene Vorstellungen haben oder entwickeln, sowie entsprechende Entscheidungen treffen

## VI) I-Voting in ausgewählten Ländern

In der Folge wird E-Voting in der von der (U)AG zu beleuchtenden Form des Distanz-I-Voting bei politischen Wahlen in den relevanten Ländern in größerem Detail beleuchtet. Die im Mandat der UAG/int. angeführten Länder Irland, Indien und Brasilien werden hier nicht behandelt, da dort I-Voting kein (aktuelles) Thema darstellt. Wohl aber dafür Frankreich, Bulgarien, Estland, Slowakei und Japan, weil dies dort der Fall ist.

I[nternet]-Voting kann sowohl in den Räumen einer Behörde - Wahllokal, Gemeindeamt, Botschaft/Konsulat - als auch außerhalb praktiziert werden. Da der Vorteil bei Letzterem liegt, wird dieser Art auch international bevorzugte Beachtung geschenkt. Bei Lösung aller Herausforderungen des I-Voting könnte es (dann) auch in Räumen von Behörden durchgeführt werden.

### VI.1 England

Generell kann England mit der größten Zahl von Beteiligten bei elektronischen Testwahlen aufwarten. Im Jahr 2002 wurden bei Lokalwahlen 15 elektronische Testwahlen unterschiedlichster Art durchgeführt, im Jahre 2003 wurden diese größenordnungsmäßig erheblich ausgeweitet: Dabei allein haben über 160.000 WählerInnen teilgenommen. Internet-Testwahlen haben sowohl 2002 als auch 2003 den größten Teil der Tests ausgemacht und waren 2003 Teil *aller* durchgeführter Tests.<sup>23</sup> Auch dabei wurden unterschiedliche Verfahren verwendet, wobei Zugangs-codes - zumeist zwei - *mit der Post* an *alle* potentiellen WählerInnen versandt wurden. Eine Zunahme der Wahlbeteiligung war nicht zu bemerken, die Änderungen gegenüber der jeweiligen Vorwahl lagen im allgemeinen bei +/- 2%.<sup>24</sup>

Bei den EP- und Lokalwahlen im Frühsommer 2004 wurden zwar Wahlreformtests, jedoch keine spezifischen E-Voting-Tests durchgeführt (solche könnten wieder 2005 angeboten werden). Der Grund dafür war, dass nach Ansicht der britischen Wahlkommission zu diesem Zeitpunkt *keine ganze* Wahlregion für E-Voting bereit gewesen sei.

---

<sup>23</sup> Übersicht zu 2003 s. unter

[www.odpm.gov.uk/stellent/groups/odpm\\_localgov/documents/page/odpm\\_locgov\\_608479.pdf](http://www.odpm.gov.uk/stellent/groups/odpm_localgov/documents/page/odpm_locgov_608479.pdf), Details zB zu Swindon:

[www.odpm.gov.uk/stellent/groups/odpm\\_about/documents/page/odpm\\_about\\_608652.hcsp](http://www.odpm.gov.uk/stellent/groups/odpm_about/documents/page/odpm_about_608652.hcsp)

<sup>24</sup> *The shape of elections to come: A strategic evaluation of the 2003 electoral pilot schemes*, The Electoral Commission, July 2003, pp. 49, 51 und 63,

[www.electoralcommission.org.uk/templates/search/document.cfm/8346](http://www.electoralcommission.org.uk/templates/search/document.cfm/8346)

## VI.2 Schweiz<sup>25</sup>

Die Schweiz führt seit einiger Zeit Internet-Testwahlen *bei lokalen Referenden* durch. Dabei erhalten alle Stimmberechtigten die Unterlagen für alle möglichen Stimmabgabearten per Post zugesandt, wobei für den Fall der Stimmabgabe im Wahllokal ein physischer Sicherheitsmechanismus auf dem Stimmrechtsausweis eingebaut ist um sicherzustellen, dass noch nicht elektronisch abgestimmt wurde.

Erste Anwendungsfälle dieses I-Voting waren die Lokal-Referenden im Kanton Genf in Anières im Jänner 2003, in Cologny im November 2003 und in Carouge im April 2004 und jenes in Meyrin im Juni 2004. Dabei wurde die Zahl der Teilnahmeberechtigten jeweils erhöht; an der elektronischen Stimmabgabe tatsächlich teilgenommen haben 1250 - 2500 - 9100 - 9200 Personen.

Bislang hat die Stimmbeteiligung per Internet die jeweiligen Erwartungen übertroffen. Auch wurde die allgemeine Meinung widerlegt, E-Voting sei nur etwas für jüngere Menschen: In einem Fall wurden von 100 E-Votes 16 von Personen über 60 Jahre abgegeben, und nur 14 von solchen unter 24 Jahren.

Erst dieser Tage - am 26. September 2004 - hat die Schweiz den Schritt zum ersten I-Voting bei einem Bundes-Referendum beschritten, wozu 22.000 GenferInnen ohne separate Anmeldung stimmberechtigt waren. Diese Stimmberechtigten waren davor bereits an I-Voting bei Lokalreferenden teilnahmeberechtigt. Die Schweizer Bundesregierung knüpfte die Bewilligung von Pilotversuchen bei Bundesreferenden an die Bedingung, dass die Kontrolle der Stimmberechtigung, das Stimmgeheimnis und die Erfassung aller Stimmen gewährleistet sowie Missbrauch ausgeschlossen werden kann. Der Einsatz von I-Voting am 26. September 2004 wurde derart angelegt, dass eine Systempanne das Gesamtergebnis der Abstimmung in keinem vorstellbaren Fall in Frage stellen könnte.<sup>26</sup> Teilgenommen am I-Voting in den vier Genfer Gemeinden Anières, Cologny, Carouge und Meyrin haben 2723 Personen oder 21,8 Prozent aller Abstimmenden.<sup>27</sup> Weitere I-Voting-Einsätze in Genf stehen bevor: die nächsten bereits im Oktober (Referendum in der Gemeinde Vandoeuvres) und am 28. November 2004 (Bundes-Referendum mit 40.000 Stimmberechtigten in Genfer Gemeinden).

Auch in den Kantonen Zürich und Neuchâtel ist I-Voting in nächster Zukunft - mit jeweils anderen Systemen - geplant. Auch beim Zürcher System, das auch Mobiltelefone integriert, werden *allen* Wahlberechtigten *persönlich alle* Zugangsberechtigungen ohne separaten Antrag zugesendet. Dieses System wird

---

<sup>25</sup> aktuell s. Nadja BRAUN, *E-Voting: Switzerland's Projects and their Legal Framework - in a European Context*, in Alexander Prosser, Robert Krimmer, s.o., pp. 43-52; und dieselbe: Schweizerische Erfahrungen mit brieflicher Stimmabgabe und E-Voting, *Journal für Rechtspolitik* Jahrgang 12 (2004), Heft 2, pp. 96-106; sowie *State of the art: eVoting in Switzerland, Presentation given by Mr Robert Hensler, Geneva State Chancellor, eDemocracy seminar, Brussels*, 12 February 2004, s.

[http://europa.eu.int/information\\_society/programmes/egov\\_rd/events/edemocracy\\_seminar/agenda/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/information_society/programmes/egov_rd/events/edemocracy_seminar/agenda/index_en.htm)

<sup>26</sup> bei E-Voting-Einsatz waren 22.000 Personen (ds 10% des Genfer Wahlvolks) - wahlweise im Wahllokal, brieflich oder elektronisch - stimmberechtigt; die Risikobeurteilung hatte berücksichtigt, dass bei einer Stimmbeteiligung von 50% und einem Anteil von maximal 30% an I-Votes die Zahl der I-Votes im Vergleich zu allen Genfer Wahlberechtigten nicht die 2%-Grenze übersteigt

<sup>27</sup> nur 5,7 weitere Prozent haben ihre Stimme im Wahllokal angegeben, der Rest per Post

auch für politische Wahlen ausgelegt sein sowie über einen Barcode und eine größere PIN-Sicherheit als das Genfer Modell verfügen. Nach bereits erfolgreich durchgeführten Tests der Schnittstellen für die Stimmregister mit 20 Gemeinden soll anlässlich der Studierendenratswahlen an der Universität Zürich mit ca. 20.000 Abstimmenden Ende 2004 ein erster Test des ganzen Systems durchgeführt werden. Mitte 2005 soll I-Voting bei einer Abstimmung im Kanton Zürich zur Anwendung kommen.

Der Kanton Neuchâtel plant die Umsetzung von I-Voting im Rahmen seines '*guichet sécurisé unique*', einem via Internet 24-stündig zugänglichen und für Ende 2004 einsetzbaren elektronischen Amtsschalter für alle Behördenwege: zB Steuer, Stipendium, Geburtsmitteilung, Wohnortwechsel, Volksbegehren und Wahl. Zum Zugang sind eine User-ID und ein Passwort nötig; bei Wahlen wird den Wahlberechtigten ein zusätzlicher Code zugeschickt. Ein erster I-Voting-Einsatz ist für ein Bundesreferendum Mitte 2005 vorgesehen.

### VI.3 Frankreich

Frankreich hat einen ersten breiten I-Voting-Echttest bei der Wahl der Delegierten des *Obersten Rates der Auslandsfranzosen - Conseil supérieur des Français de l'étranger (CSFE)*<sup>28</sup> - im Frühsommer 2003 in den USA durchgeführt. Vom 19. bis 31. Mai 2003 konnten 61.000 in den USA wohnhafte Auslandsfranzosen die Wahl der Abgeordneten zum CSFE per Internet durchführen - als zusätzliche Option zur Stimmabgabe an einem französischen Konsulat oder zur Briefwahl. Die für dieses I-Voting nötigen Informationen - samt individuellem PIN und Passwort - sind jedem/r Wahlberechtigten vom zuständigen französischen Konsulat per Post zugestellt worden.

Über 5.000 Personen haben daran teilgenommen. Die Möglichkeit des I-Voting - neben der traditionellen Post-Briefwahl - wurde stark angenommen und hat insbesondere zu einem signifikanten Rückgang der Stimmabgabe in Konsulaten geführt, nicht jedoch zu einer generellen Erhöhung der Wahlbeteiligung. Überall gab jedoch mehr als die Hälfte der WählerInnen ihre Stimme per Internet ab.

Seitdem hat das französische Parlament ua im Rahmen des "*Gesetzes über das Vertrauen in die digitale Wirtschaft*" vom 8. Jänner 2004 die gesetzliche Möglichkeit der Durchführung von elektronischen Wahlgängen bei Berufsvertretungswahlen geschaffen. Diese Möglichkeit wurde bereits bei den Wahlen zu den Handelskammern und anderen öffentlich-rechtlich geregelten Berufsvertretungen genutzt. Schon am 28. Oktober 2002 waren die Bestimmungen für die Wahl der Vertreter in den Rechtsanwaltskammern geändert und die elektronische Wahl dort eingeführt worden.<sup>29</sup>

<sup>28</sup> mit Gesetz vom 9. August 2004 - *Loi no. 2004-805 du 9 août 2004 relative au Conseil supérieur des Français de l'étranger* - umbenannt in '*Assemblée des Français de l'étranger*'

<sup>29</sup> auszugsweise Texte s. Anhang 4

#### VI.4 Niederlande

Die Niederlande haben nach einem Test im Sommer 2003 bei der EP-Wahl 2004 AuslandsniederländerInnen die Möglichkeit eines rechtsgültigen E-Voting per Internet oder Telefon geboten. Erste inoffizielle Berichte ergeben, dass sich 7196 AuslandsniederländerInnen zur Teilnahme angemeldet und 5351 davon tatsächlich die E-Stimme abgegeben haben, wovon 480 WählerInnen telefonisch und 4871 über Internet gewählt haben. Ein offizieller Bericht wird für den November / Dezember 2004 erwartet.

In Hinblick auf die technische Durchführung von Internet- und Telefonwahlen wurde im Vorfeld des Experiments eine EU-weite Ausschreibung gemacht, deren maximale Vertragssumme auf € 2 Mio. begrenzt wurde. Im Rahmen der Ausschreibung und infolge der im August 2003 mit rund 1000 TeilnehmerInnen durchgeführten Simulation wurden folgende Kriterien an das Internet- und Telefonwahlsystem gestellt: Sicherstellung des Wahlgeheimnisses (keine technische Zurückverfolgung einer abgegebenen Stimme); *one person, one vote*; nur die Stimmen von tatsächlich wahlberechtigten Personen dürfen gezählt werden; technisch einwandfreies und nicht manipulierbares System; Transparenz und Nachvollziehbarkeit für die WählerInnen (Vertrauensfrage).

#### VI.5 USA

Das bei der US-Präsidentenwahl vom November 2004 erstmals zum Einsatz vorgesehene I-Voting-System aus dem Ausland, SERVE - *Secure Electronic Registration and Voting Experiment* - wurde im Frühjahr 2004 auf Eis gelegt. Es sollte AuslandsbürgerInnen, die in die Wählerverzeichnisse von 50 Counties von 7 Bundesstaaten eingetragen sind, die Möglichkeit eröffnen, per Internet aus dem Ausland an der Präsidentenwahl teilzunehmen. Von den dafür in Frage kommenden rund 1 Mio. Wahlberechtigten rechnete man mit rund 100.000 Teilnehmern am SERVE-System.

#### VI.6 Spanien

AuslandskatalanInnen konnten parallel zur Regionalparlamentswahl im November 2003 unverbindlich per Internet abstimmen; 730 WählerInnen haben daran teilgenommen. Die Teilnahme war trotz mangelnder rechtlicher Relevanz hoch, in einem Land mit schwierigen bzw. unsicheren Postverbindungen (Mexiko) sogar mehr als doppelt so hoch als bei der Echtwahl per Brief.

Am 14. März 2004 haben in Spanien Internet-Wahltests zum ersten Mal bei landesweiten Wahlen stattgefunden. Bei der Parlamentswahl wurde in drei Gemeinden - Lugo (Mosteiro-Pol), Zamora und Toro (Zamora) - *nach der Stimmabgabe* die freiwillige Teilnahme an einem unverbindlichen Internet-Wahltest mittels *smart cards* angeboten, der in einem Raum in unmittelbarer Nähe zum Wahllokal stattfand. Die verwendeten *smart cards* waren nur für diesen Wahltest gültig, entsprachen jedoch den Spezifikationen der in Ausarbeitung befindlichen nationalen spanischen *smart cards*.

Die vom spanischen Innenministerium verfassten Schlussfolgerungen zu diesem Wahltest betonen die "außerordentliche Annahme" des Tests durch die Bevölkerung,



die hohe Zahl der freiwilligen TeilnehmerInnen, deren Überraschung über die einfache Handhabung des Systems sowie die Tatsache, dass "ein erheblicher Teil der spanischen Bevölkerung [zu E-Voting] bereit" ist und dass entsprechende legislative Änderungen unternommen werden sollten. Insbesondere deshalb, um Personenkreisen, die Schwierigkeiten bei der Ausübung ihres Wahlrechts haben, zu ermöglichen ihre Stimme abzugeben. Dabei werden Personen an Bord von Schiffen, im Ausland befindliche Staatsangehörige sowie Behinderte erwähnt.<sup>30</sup>

Aufgrund dieser Erfahrungen hat Premierminister Rodríguez Zapatero für Herbst 2004 eine Wahlrechtsnovelle in Richtung I-Voting angekündigt, das beim Referendum über die neue EU-Verfassung im Februar 2005 bereits breit zum Einsatz kommen könnte.

### VI.7 Estland<sup>31</sup>

Estland, das seit 2002 über die gesetzlichen Grundlagen für E-Voting verfügt,<sup>32</sup> plant - wenn möglich, weltweites - I-Voting mit Hilfe von *smart cards* und der elektronischen Signatur ab den Lokalwahlen im Oktober 2005 sowie davor bei Tests in Tallin im Herbst 2004. Dieses I-Voting soll die bestehende Wahlpraxis möglichst genau abbilden und wird daher vom 6. bis 4. Tag vor dem Wahltag - als neue, zusätzliche Form des *advance voting* - mit der Möglichkeit der späteren Abänderung der abgegebenen Stimme angeboten werden. Der Durchdringungsgrad der Bevölkerung mit (unentgeltlich ausgegebenen) *smart cards* in Estland ist sehr hoch; bis Sommer 2004 wurden rund 500.000 ausgegeben, bis zu den Wahlen im Jahr 2005 werden rund 800.000 erwartet (bei etwa 1 Mio. Wahlberechtigten).

### VI.8 Bulgarien

In Bulgarien ist - im Zusammenhang mit seiner E-Government-Strategie vom Dezember 2002 sowie unter Bezug und Bedachtnahme auf die ER-Empfehlungen - ein umfassender E-Voting-Gesetzesentwurf in Behandlung.<sup>33</sup> Darin wird E-Voting im Wahllokal, I-Voting und DigiPhone-Voting weltweit vorgesehen. Den WählerInnen wird der Weg ihrer Stimmabgabe völlig freigestellt. Die Beteiligung an einer Distanz-E-Wahl ist via interaktiver Website zu beantragen und schließt eine Stimmabgabe in Wahllokalen aus. Die Beantragung kann jedoch bis 10 Tage vor dem Wahltag widerrufen werden. Distanz-I-Voting findet am Wahltag und am Tag davor während 48 Stunden statt, darf den WählerInnen außer Telefon- und Internet-Gebühren keine zusätzlichen Kosten verursachen und nicht mehr als 3 Minuten in Anspruch nehmen. Weder sollen besondere Kenntnisse noch besondere Software erforderlich sein. Weiters sind eine unabhängige Beobachtung, Audit und Kontrolle sowie die Systemverfügbarkeit innerhalb eines Monats ab Wahltag vorgesehen.

---

<sup>30</sup> *Electronic voting trials using internet at the general election held on March 14 in Spain, Nota informativa*, Ministerio del Interior, Dirección General de Política Interior, Subdirección General de Política Interior y Processos Electorales

<sup>31</sup> Details s. Epp MAATEN: *Towards Remote E-Voting: Estonian case*, in: Alexander Prosser, Robert Krimmer, s.o., pp. 83-90

<sup>32</sup> Text s. Anhang 5

<sup>33</sup> Text s. Anhang 6

E-WählerInnen erhalten von der Wahlbehörde Passwörter per Einschreibe-Brief und werden darüber elektronisch oder per Fax avisiert. Die E-WählerInnen identifizieren sich zur Stimmabgabe mit ihrer ID-Nummer und ihren Passwörtern, können ihre Stimme vor Absendung ändern, und erhalten nach deren Eingang in der elektronischen Urne eine Bestätigung über die [erfolgreiche] Beendigung ihrer E-Stimmabgabe. Sofern Wahlergebnisse zwischen Behörden elektronisch weitergeleitet werden, hat dies unter Beifügung elektronischer Signaturen zu erfolgen. - DigiPhone-Voting entspricht dem niederländischen NL-Modell.

Als Gründe für die Einführung von E-Voting sind das Ziel der erheblichen Erhöhung der BürgerInnen-Beteiligung an Wahlen genannt, die verlässlichere Stimmauszählung, die Entsprechung der Informations- und Kommunikationsgesellschaft, sowie mittelfristige Kostenreduktionen.

### **VI.9 Japan**

Die japanische Regierung hat im Sinne des japanischen '*e-Government Act 2000*' die Prüfung der Möglichkeiten zur Einführung von E-Voting in drei Schritten beschlossen und dazu eine Kommission bestellt. Als erster Schritt ist E-Voting in Wahllokalen schwerpunktmäßig über das Land verteilt zu testen, wo die WählerInnen ihre Stimme in ihrem eigenen Wahlsprengel abgeben können. Die Umsetzung dieses Schritts betraf bislang neun Gemeinden.<sup>34</sup> Als 2. Schritt werden 50.000 Wahllokale einbezogen, wo die WählerInnen auch außerhalb ihres Wahlsprengels wählen können, als 3. Schritt könnten die WählerInnen von ihrem PC aus ihre Stimme abgeben.

### **VI.10 Slowakei**

Nachdem es durch ein neues Wahlgesetz ab 13. Mai 2004 erstmals möglich geworden war, per Post wählen zu können - auch für Auslandsslowaken -, hat die Verwaltungsregion Kosice (Ostslowakei) im Rahmen des IST (*Internet Based Electronic Voting System* - "e-vote") von März 2003 bis März 2004 an einem Projekt des e-vote-Konsortiums - acht Partner aus Griechenland, Dänemark, Deutschland, Luxemburg und der Slowakei - teilgenommen. In Verbindung mit den Präsidentenwahlen wurde am 30. März 2004 ein von der EK finanzierter I-Voting-Test durchgeführt.<sup>35</sup> Das Durchschnittsalter der 774 freiwilligen I-Voting-TestteilnehmerInnen betrug 29,9 Jahre. In der Erfahrungsauswertung wird ua auf ungelöste technische Probleme - fehlende digitale Signaturen der WählerInnen -, Datenschutzfragen, die noch relativ dünne Internet-Verbreitung in der Slowakei - nur etwa 25% der Bevölkerung hat Zugang zum Internet - und die geringe Öffentlichkeitsakzeptanz hingewiesen. Eine Fortsetzung wird von den slowakischen Projektpartnern gewünscht, ist jedoch von Finanzierungszusagen abhängig.

---

<sup>34</sup> zwischen Juni 2002 und Februar 2004: Niimi-City, Okayama; Hiroshima; Shiroishi-City, Miyagi; Sabae-City, Fukui; Kani-City, Fukui; Ohtama-Village, Fukushima; Ebina-City, Kanagawa; Rokunohe; Kyoto - nicht alle davon auf ihrem gesamten Gebiet

<sup>35</sup> [www.evotek.sk](http://www.evotek.sk)

## VI.11 andere (frühe Tests, nicht-politische Anwendungen)

Auf von der EK mitfinanzierte frühe, sehr beschränkte E-/I-Voting-Tests soll hier nicht im Detail eingegangen werden, da neuere Entwicklungen deren Stand vielfach überholt haben.<sup>36</sup>

Sowohl zum Einsatz von (elektronischen) Wahlmaschinen bei politischen Wahlen als auch zum Einsatz von Internet bei nicht-politischen Wahlen war **Deutschland** einer der Vorreiter.<sup>37</sup> Zum heutigen Einsatz des Internets bei politischen Wahlen besteht jedoch merkliche Zurückhaltung. Die deutsche Bundesregierung verfolgt einen erfahrungsgeleiteten, abgestuften Ansatz, bei dem zunächst verschiedene Verfahren im Rahmen von nicht-politischen Wahlen geprüft werden. Hierzu wird u.a das mit Bundesmitteln geförderte Projekt „WIEN“ ("Wählen in elektronischen Netzen") sowie das dazu gehörige Begleitprojekt „Konzepte für die Prüfung und Zertifizierung von Online-Wahlsystemen“ herangezogen. Diese dienen der Entwicklung und Erprobung unterschiedlicher Typen von Online-Wahlen in überschaubaren Größenordnungen im nicht-politischen Raum.

Im Rahmen des Projektes "WIEN" wurden zwei rechtsverbindliche Test-Wahlen durchgeführt: die Personalratswahl im Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik in Potsdam (24. Mai 2002) sowie die Betriebsratswahl bei der Telekomtochter T-Systems CSM (6.-8. Mai 2002).<sup>38</sup> Im Frühjahr 2004 (24. April) beteiligten sich *einige* der WIEN-Projekt-Partner an einer Testwahl des Städtetages Brandenburg; dabei kam allerdings eine weniger ambitionierte Software zum Einsatz. Das Projekt "WIEN" wurde bis ins nächste Frühjahr verlängert. Bis dahin ist die Durchführung einer weiteren Testwahl angestrebt. Nach dieser soll entschieden werden, ob das Projekt fortgeführt wird oder nicht.

---

<sup>36</sup> zwecks Übersicht s.

[http://europa.eu.int/information\\_society/programmes/egov\\_rd/events/edemocracy\\_seminar/agenda/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/information_society/programmes/egov_rd/events/edemocracy_seminar/agenda/index_en.htm)

<sup>37</sup> Rechtsbasis s. *Verordnung über den Einsatz von Wahlgeräten bei Wahlen zum Deutschen Bundestag und der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland* vom 3. September 1975 idgF (zuletzt geändert am 20.4.1999), welche auf der Grundlage von §§ 35 und 52 des Bundeswahlgesetzes erlassen wurde

<sup>38</sup> Durchführungsberichte s. [http://www.forschungsprojekt-wien.de/pdf/t\\_systems.pdf](http://www.forschungsprojekt-wien.de/pdf/t_systems.pdf) und <http://www.forschungsprojekt-wien.de/pdf/lds.pdf>. - deskriptiv, wenn auch nicht mehr ganz aktuell, zum Stand in Deutschland: Pia KARGER, Oliver RÜß, *Sicherheit ist Condition sine qua non – Erfahrungsgeleiteter Ansatz bei Online-Wahlen in Deutschland*; in: Nadja BRAUN, Patricia HEINDL, Pia KARGER, Robert KRIMMER, Alexander PROSSER, Oliver RÜSS, *e-Voting in der Schweiz, Deutschland und Österreich: Ein Überblick*, Institut für Informationsverarbeitung und Informationswirtschaft, Wirtschaftsuniversität Wien, Wien 2003, pp. 17-21

## VII) Auslands-E-Voting

Es ist im Laufe der vergangenen Jahre und Jahrzehnte in vielen Ländern demokratischer Standard geworden, dass die Möglichkeit einer Stimmabgabe im Ausland zu den BürgerInnen-Rechten gehört. Während das Wahlrecht der AuslandsbürgerInnen bzw. von kurzfristig im Ausland aufhaltigen „InlandsbürgerInnen“ eine Errungenschaft der letzten Jahrzehnte für viele Menschen darstellt, ist es heute noch nicht generell verwirklicht.<sup>39</sup>

Eine Reihe von Staaten, die I-Voting in Europa andenkt/testet, tut dies speziell hinsichtlich AuslandsbürgerInnen (Frankreich, Niederlande, Spanien, Schweiz, Skandinavien), weil dort Bedarf besteht und E-Voting nachdrücklich gefordert wird. Zu den ersten Durchführungsschritten in Frankreich, Katalonien, den Niederlanden und den USA siehe Abschnitt VI.

Die Schweiz hat für allf. E-Voting für AuslandsschweizerInnen ihr *Bundesgesetz vom 19. Dezember 1975 über die politischen Rechte der Auslandsschweizer* mit Wirkung vom 1. Jänner 2003 geändert. Aufgrund der unterschiedlichen Stimmrechte in ihren Heimatgemeinden sowie der dislozierten und unterschiedlichen Wählerevidenzen kann E-Voting für AuslandsschweizerInnen bei aller Einsicht, dass sie eine wichtige und lohnende Zielgruppe darstellen, jedoch nicht prioritär getestet oder verwirklicht werden.

---

<sup>39</sup> Details (Listen) dazu in [www.wahlinfo-bmaa.at](http://www.wahlinfo-bmaa.at), *Vienna Election Seminar 2003, Austrian Contributions, Voting From Abroad*, und vom selben Autor: *E-Stimmabgabe für StaatsbürgerInnen im Ausland: Theorie und Praxis*, in: Berichtsband zum Internationalen Rechtsinformatik Symposium (IRIS), Salzburg, 26.-28. Februar 2004 (in Druck)

## VIII) E-Voting-Empfehlung des Europarates

Im deutlichen Unterschied zu anderen internationalen Organisationen hat sich der Europarat (ER) den Fragen des E-Voting umfassend angenommen und rasch Ergebnisse erzielt. Über Initiative von ein paar wenigen Mitgliedstaaten, die sich intensiv mit E-Voting befassten, wurden innerhalb von weniger als zwei Jahren grundlegende Standards erarbeitet und verabschiedet.

Nach etwas mehr als eineinhalbjährigen Verhandlungen wurde am 30. September 2004 die *'Empfehlung des [ER-]Ministerkomitees über juristische, operationelle und technische Standards des E-Voting'* verabschiedet. Dieser Text enthält erste multilaterale Standards bzw. Anforderungen zu E-Voting und stellt damit die aktuelle Themenführerschaft des ER zu E-Voting dar.<sup>40</sup> Er wurde in außerordentlicher Zusammenarbeit zwischen ExpertInnen unterschiedlicher Disziplinen in kürzester Zeit erarbeitet, ohne auf eine entsprechende Ausgangsbasis aufbauen zu können.

Die Empfehlung enthält - ausgehend von den allgemein-anerkannten Wahlgrundsätzen - E-Voting-spezifische 35 juristische und 25 operationelle Standards sowie 52 technische Vorgaben, die die Mitgliedstaaten befolgen sollen, wenn sie E-Voting einsetzen. Infolge ihrer technischen Vorgaben wendet sie sich auch indirekt an die IKT-Industrie, deren Produkte den Vorgaben zu entsprechen haben, um von ER-Mitgliedsstaaten angekauft zu werden.

Eine Aussage über die Notwendigkeit oder Nützlichkeit von E-Voting wird in der Empfehlung nicht getroffen. Die Empfehlung enthält jedoch eine Liste von Gründen, aus denen einzelne Staaten Interesse an E-Voting haben.<sup>41</sup> Aufgrund unterschiedlicher rechtlicher Regelungen von Wahlen in den Mitgliedstaaten stellt die Empfehlung nur *Mindest*-Standards dar, zu denen zusätzliche innerstaatliche Vorgaben für E-Voting und E-Voting-Geräte treten können.

Die Empfehlung geht über klassisches "E-Voting" hinaus, da sie sich vielfach auch auf *E-Elections* und *E-Referendums* - d.s. politische Wahlen und Referenden - bezieht, bei denen elektronische Mittel in *irgendeiner* Wahl- (nicht Stimmabgabe-) Phase verwendet werden.

E-Voting hat gemäß der Empfehlung alle Prinzipien demokratischer Wahlen zu respektieren und hat ebenso verlässlich und sicher zu sein wie nicht-elektronische Wahlen. Mitgliedstaaten sollten bei Einführung von E-Voting ihre entsprechenden über E-Voting hinausgehenden Rechtsakte überprüfen, ob ev. Anpassungen an neue Gegebenheiten und Bedrohungen - zB im Straf-, Datenschutz- und Wahlbeobachtungsrecht - nötig sind.

Um dem ER bzw. seinen Mitgliedstaaten die Möglichkeit zu bieten, zwei Jahre nach Annahme der Empfehlung ev. weitere Schritte zu E-Voting im ER-Rahmen zu

<sup>40</sup> der EU fehlen - mit Ausnahme weniger grundsätzlicher Themen zu den EP-Wahlen - Kompetenzen im Wahlrecht; die EK hat eine Reihe früher E-Voting-Testprojekte finanziell unterstützt und plant im Anschluss an ihr *eDemocracy Seminar* (Brüssel, 12./13. Februar 2004) - [http://europa.eu.int/information\\_society/programmes/egov\\_rd/events/edemocracy\\_seminar/agenda/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/information_society/programmes/egov_rd/events/edemocracy_seminar/agenda/index_en.htm) - weitere derartige Förderungen

<sup>41</sup> s. Anhang 1

unternehmen, sollen Mitgliedstaaten dann ihre Politik und Erfahrungen mit E-Voting und dieser Empfehlung überprüfen und das Ergebnis dieser Prüfung dem ER-Sekretariat mitteilen.

Im juristischen Teil der Empfehlung werden die Wahlgrundsätze auf E-Voting angewendet und daraus entsprechende Standards für E-Voting definiert. Danach werden juristische Standards zu Transparenz, Verifizierbarkeit und Sicherheit festgelegt. Im operationellen Teil werden Standards zu Notifikation, Stimmberechtigten, KandidatInnen, Stimmabgabe, Resultaten und Überprüfung vereinbart. Die technischen Vorgaben beziehen sich auf Zugang, Interoperabilität (zwischen unterschiedlichen technischen Systemen), Systembetrieb, Sicherheit (aufgeschlüsselt nach den einzelnen Wahlphasen), Überprüfung und Zertifizierung.

Klarerweise stellen die Empfehlungen in Vielem einen Kompromisstext dar, der zu manchen Themen unterschiedliche Ziele in einer Weise zu berücksichtigen hatte, sie einerseits in die Empfehlungen aufzunehmen, sie aber andererseits in Hinblick auf andere Ziele auszubalancieren. Dennoch konnten das Erfordernis eines hohen Sicherheitsniveaus, der Charakter von E-Voting als zusätzlichem Angebot - sog. "Multi-Channel-Ansatz" - sowie die Technologieneutralität klar verankert werden. Ebenso konnten Hervorhebungen einzelstaatlicher Sonderwege sowie *escape clauses* für die Zukunft gering gehalten werden. Es wurden somit juristische, operative und technische Vorgaben - juristische Standards und technische Anforderungen - multilateral vereinbart, die aufbauend auf bestehenden Erfahrungen und Zielen der Mitgliedsländer eine detaillierte und nützliche Basis für deren Arbeit bieten, der IKT-Industrie klare Vorgaben machen und den BürgerInnen Maßstäbe zur Kontrolle ihrer politischen und administrativen Gremien zur Hand geben.

Da die ER-Empfehlung am 30. September 2004 verabschiedet wurde, ist sie für Österreich seit diesem Datum (politisch) verbindlich. Es erscheint daher angezeigt, bestehende innerstaatliche gesetzliche und VO-Regelungen zu E-Voting im Lichte der ER-Empfehlungen zu überprüfen - sowie diese bei der Erarbeitung und Verabschiedung ev. derartiger Regelungen in Zukunft zu berücksichtigen.<sup>42</sup> Beides ist nicht Aufgabe des vorliegenden Berichts.

---

<sup>42</sup> eine darüber hinaus gehende Setzung legislativer Schritte hängt von der politischen Willensbildung ab

## IX) Rechtsquellen und politische Vorgaben

Einzelstaatlich bestehen gesetzliche Regelungen zB in Art. 27a bis 27g, **Schweizer Verordnung über die Politischen Rechte**, in Verbindung mit Art. 8a (neu) des Bundesgesetzes über die politischen Rechte, beides mit Wirkung vom 1. Jänner 2003;<sup>43</sup> in Part II, **britischer Representation of the Peoples Act 2000**<sup>44</sup> und zB *The Sheffield (Electronic Voting Scheme) Order 2003*;<sup>45</sup> und in den **niederländischen Interim Rules on Experiments Conducted as part of the Remote Electronic Voting Project (Remote Electronic Voting Experiments Act)** vom Frühjahr 2004.<sup>46</sup>

In **Estland** besteht seit 2002 eine gesetzliche Grundlage für E-Voting. Sie besteht - angepasst - im *Riigikogu [Parlament] Election Act*, im *Local Government Council Election Act*, dem *Referendum Act*, und dem *European Parliament Election Act*.<sup>47</sup>

Infolge seiner Aktualität wird auf den **bulgarischen Entwurf eines E-Voting-Gesetzes** vom 30. Juni 2004 hingewiesen.<sup>48</sup>

Die französischen **CSFE-Wahlen** sind geregelt durch das *Décret 2003-396 du 29/4/2003 - J.O n° 101 du 30 avril 2003 page 7580 - relatif au vote par correspondance électronique des électeurs inscrits dans les circonscriptions des Etats-Unis d'Amérique pour les élections du 1er juin 2003 au Conseil supérieur des Français de l'étranger*, sowie den *Arrêté du 29 avril 2003 - J.O n° 101 du 30 avril 2003 page 7580 - pris en application du décret n° 2003-396 du 29 avril 2003 relatif au vote par correspondance électronique des électeurs inscrits dans les circonscriptions des Etats-Unis d'Amérique pour les élections du 1er juin 2003 au Conseil supérieur des Français de l'étranger*.<sup>49</sup>

Zu den **Wahlen zu französischen Standesvertretungen, Berufskörperschaften, Handwerksgenossenschaften, Wirtschaftsvertretungen, Berufsvertretungen, Personalvertretungen** - was auch die Mitglieder der jeweiligen Schiedsgerichte umfasst - uä wurde eine Reihe von Verordnungen erlassen,<sup>50</sup> zB:

- *Décret du 29 juillet 2004 relatif à l'élection des délégués consulaires*<sup>51</sup>
- *Décret du 27 août 2004 modifiant le décret n° 99-433 du 27 mai 1999 relatif à la composition des chambres de métiers et à leur élection*<sup>52</sup>
- *Arrêté du 30 juillet 2004 relatif aux opérations électorales pour l'élection des membres des chambres de commerce et de l'industrie*<sup>53</sup>
- *Arrêté du 7 septembre 2004 relatif aux opérations électorales pour l'élection des délégués consulaires*,<sup>54</sup> bzw.

---

<sup>43</sup> Text s. Anhang 2

<sup>44</sup> [www.legislation.hmso.gov.uk/acts/acts2000/20000002.htm](http://www.legislation.hmso.gov.uk/acts/acts2000/20000002.htm)

<sup>45</sup> [www.odpm.gov.uk/stellent/groups/odpm\\_localgov/documents/page/odpm\\_locgov\\_023194.pdf](http://www.odpm.gov.uk/stellent/groups/odpm_localgov/documents/page/odpm_locgov_023194.pdf)

<sup>46</sup> Text s. Anhang 3

<sup>47</sup> Text s. Anhang 5

<sup>48</sup> Text s. Anhang 6

<sup>49</sup> Texte s. Anhang 4

<sup>50</sup> auszugsweise Texte s. Anhang 4

<sup>51</sup> *Journal Officiel n° 179 du 4 août 2004 page 13874*

<sup>52</sup> *Journal Officiel n° 202 du 31 août 2004 page 15525*

<sup>53</sup> *Journal Officiel n° 181 du 6 août 2004 page 13982*

<sup>54</sup> *Journal Officiel n° 210 du 9 septembre 2004 page 15869*

- *Décret modifiant le décret n° 91-1197 du 27 novembre 1991 organisant la profession d'avocat et instituant le vote à distance par voie électronique pour l'élection des membres du Conseil national des barreaux.*<sup>55</sup>

Neben gesetzlichen und Verordnungs-Regelungen zu E-Voting in den einzelnen Ländern und den jüngsten ER-Empfehlungen bestehen national wie international weitere relevante Quellen. Dazu zählen ua einzelstaatliche Vorgaben zu E-Voting zB zum Datenschutz<sup>56</sup> und technische Anforderungskataloge.<sup>57</sup> Politisch relevant sind ferner staatliche oder nicht-staatliche Roadmaps<sup>58</sup> sowie Regierungsprogramme zur Einführung von E-Voting. Von besonderer Wichtigkeit - auch für Dritte - sind Durchführungsberichte zu abgeschlossenen Projekten.

In diesem Abschnitte soll auch insbesondere auf die verbindlichen Stellungnahmen der französischen **Kommission für Informatik und Grundrechte / *Commission nationale de l'informatique et des libertés (CNIL)*** eingegangen werden. Aufbauend auf zwei Individualentscheidungen zu E-Voting-Projektanträgen der Gemeinden Mérignac und Vandoeuvre-Les-Nancy<sup>59</sup> vom Frühjahr 2002 - einer positiven und einer negativen - hat CNIL am 1. Juli 2003 eine **Empfehlung über die Sicherheit von E-Voting-Systemen**, einschließlich bei Distanz-E-Voting, abgegeben: ein (internationaler) Schlüsseltext zum Thema! Darin werden insbesondere der unbeschränkte Zugang zum *source code*, getrennte Datenspeicher für unterschiedliche Wahllisten, ein Systemtest vor dem Abstimmungsbeginn, die Möglichkeit der Stimmenthaltung, die öffentliche Schlüsselzuteilung an die Auszählberechtigten am Auszähltag, eine auf einem Bildschirm klar verfolgbare Stimmauszählung, sowie entsprechende Beobachtungs- und Überprüfungsmöglichkeiten und die Verfügbarkeit eines Ersatzsystems mit denselben Charakteristika gefordert.

Die Wählerauthentifizierung mittels elektronischer Zertifikate eines unabhängigen und anerkannten Unternehmens wird als befriedigendste Lösung bei Distanz-E-Voting bezeichnet. Die Identifikation mittels biometrischer Daten wird einer Reihe von Bedingungen unterworfen. Ein einfacher Postversand von PINs und Codes wird als nicht ausreichend erachtet, und auch derartige Dateien sind zu chiffrieren.

Das verwendete System muss im Falle einer *ex-post*-Überprüfung in zweifelsfreier Weise zumindest beweisen können, dass

- die Verschlüsselungen während des gesamten Wahlvorgangs aufrecht waren,
- die Schlüssel nur ihren Inhabern bekannt waren,
- die Stimmen anonym waren,
- die Wählerliste nur jene Personen enthält, die tatsächlich gewählt haben,
- die Urne die Stimmen der Wähler enthält - und nur diese,

<sup>55</sup> *Journal Officiel de la République française n° 254 du 30 octobre 2002, page 17994*

<sup>56</sup> zB die französische CNIL, s.u. im Haupttext

<sup>57</sup> zB jenen der deutschen Physikalisch-technische Bundesanstalt, s.u. im Haupttext

<sup>58</sup> zB [www.foruminternet.org/recommandations/lire.phtml?id=651](http://www.foruminternet.org/recommandations/lire.phtml?id=651) sowie das mit August 2004 auf letzten Stand gebrachte britische Dokument zu 'Implementing electronic voting in the UK', [www.odpm.gov.uk/stellent/groups/odpm\\_localgov/documents/page/odpm\\_locgov\\_605188.hcsp](http://www.odpm.gov.uk/stellent/groups/odpm_localgov/documents/page/odpm_locgov_605188.hcsp)

<sup>59</sup> [www.cnil.fr/fileadmin/documents/approfondir/deliberations/d02\\_015.pdf](http://www.cnil.fr/fileadmin/documents/approfondir/deliberations/d02_015.pdf), und [www.cnil.fr/fileadmin/documents/approfondir/deliberations/d02\\_022.pdf](http://www.cnil.fr/fileadmin/documents/approfondir/deliberations/d02_022.pdf)



- keine Teilauszählung während der Stimmabgabe möglich gewesen ist, und dass
- die Stimmauszählung wiederholt werden kann.<sup>60</sup>

Im April 2004 hat die deutsche *Physikalisch-technische Bundesanstalt* in breiter Kooperation mit anderen deutschen Stellen und gefördert durch das deutsche Wirtschaftsministerium einen **Katalog technischer und organisatorischer Anforderungen an Online-Wahlsysteme** zur Umsetzung der wahlrechtlichen Grundsätze herausgegeben. Er ist nach Wahlphasen geordnet aufgebaut und aus Rücksicht auf die bestehende Rechtslage jedoch auf nicht-parlamentarische Wahlen beschränkt.<sup>61</sup>

In der Schweiz bestehen neben den Vorgaben auf gesetzlicher und Verordnungsebene weitere Prinzipien zu E-Voting, so z.B. die "**11 Gebote für Internet-Voting**" des Kantons Genf, basierend auf der Europäischen Menschenrechtskonvention und den schweizerischen staatlichen Bestimmungen:

- (1) *Votes cannot be intercepted nor modified;*
- (2) *Votes cannot be known before the official ballot reading;*
- (3) *Only registered voters will be able to vote;*
- (4) *Each voter will have one and only one vote;*
- (5) *Vote secrecy is guaranteed; it never will be possible to link a voter to his/her vote;*
- (6) *The voting website will resist any denial of service attack;*
- (7) *The voter will be protected against identity theft;*
- (8) *The number of cast votes will be equal to the number of received ballots;*
- (9) *It will be possible to prove that a given citizen has voted;*
- (10) *The system will not accept votes outside the ballot opening period;*
- (11) *The system will be audible.*

Schließlich soll der **Bericht über die Vereinbarkeit von Distanz-Wahl und E-Voting mit den Vorgaben der ER-Dokumente** der im Rahmen des Europarates angesiedelten *Kommission für Demokratie durch Recht*, der sog. "Venedig-Kommission", erwähnt werden. Demnach ist E-Voting unter Menschenrechts-Gesichtspunkten grundsätzlich weder erlaubt noch ausgeschlossen. Sollten getroffene Sicherheitsmaßnahmen mit jenen im *Good-Practice-Kodex in Wahlangelegenheiten*<sup>62</sup> für Briefwahlen verlangt, vergleichbar sein - einschließlich zur Sicherung des Wahlheimnisses -, könnte E-Voting mit Art.3 des *Zusatzprotokolls zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten* vom 20. März 1952<sup>63</sup> vereinbar sein. Eine Distanz-Wahl sei bei Beachtung bestimmter vorbeugender Maßnahmen zu Brief- und E-Voting mit den

<sup>60</sup> *Commission nationale de l'informatique et des libertés, Délibération n° 03-036 du 1er juillet 2003 portant adoption d'une recommandation relative à la sécurité des systèmes de vote électronique, [www.cnil.fr/index.php?id=1356&delib\[uid\]=12&cHash=d4482266b8](http://www.cnil.fr/index.php?id=1356&delib[uid]=12&cHash=d4482266b8)*

<sup>61</sup> *Online-Wahlsysteme für nicht-parlamentarische Wahlen: Anforderungskatalog, Physikalisch-technische Bundesanstalt, Berlin, April 2004; [www.berlin.ptb.de/8/85/LB8\\_5\\_2004\\_1AnfKat.pdf](http://www.berlin.ptb.de/8/85/LB8_5_2004_1AnfKat.pdf)*

<sup>62</sup> *Code of Good Practice on Electoral Matters*, adopted by the Council for Democratic Elections on 16 October 2002 and by the Venice Commission on 18-19 October 2002, Doc. CDL-AC (2002) 23rev.

<sup>63</sup> Verpflichtung, "*in angemessenen Zeitabständen freie und geheime Wahlen unter Bedingungen abzuhalten, welche die freie Äußerung der Meinung des Volkes bei der Wahl der gesetzgebenden Körperschaften gewährleisten*"

ER-Standards vereinbar. E-Voting ohne Überwachung durch amtliche Wahlorgane sei nur dann vereinbar, wenn es sicher und verlässlich ist, was insbesondere die Möglichkeit der Änderung der Stimme vor ihrem Absenden, das Erhalten einer Bestätigung über die erfolgte Stimmabgabe sowie die Transparenz des Systems beinhalte.<sup>64</sup>

## X) Befassung der OSZE<sup>65</sup>

Am 15. und 16. Juli 2004 fand in Wien das *Zusätzliche Treffen der OSZE zu Wahlstandards- und -verpflichtungen - OSCE Supplementary Human Dimension Meeting on Electoral Standards and Commitments* - statt. Hauptinhalt des Treffens war es, allgemeine Wahlprinzipien, bestehende OSZE-Verpflichtungen und "best practices" für demokratische Wahlen zu diskutieren.

Die Thematik des Wiener Seminars wurde in drei aufeinanderfolgenden Sitzungen zum *OSZE/BDIMR-Fortschrittsbericht 2003 zu bestehenden Verpflichtungen bezüglich demokratischer Wahlen in OSZE-Teilnehmerstaaten*, zur *Durchführung bestehender OSZE-Verpflichtungen bezüglich demokratischer Wahlen*, und *Follow-Up zu OSZE/BDIMR-Empfehlungen*, und zur *Identifizierung möglicher Gebiete zur Ergänzung bestehender OSZE-Verpflichtungen, und möglicher Notwendigkeit zusätzlicher Verpflichtungen* behandelt. Zu letzterem war E-Voting bereits in der annotierten Tagesordnung erwähnt worden.

Als Arbeitspapiere lagen den TeilnehmerInnen die BDIMR-Dokumente "*Existing Commitments for Democratic Elections in OSCE Participating States*" vom Oktober 2003 und "*Existing Commitments for Democratic Elections in OSCE Participating States: A Progress Report*"<sup>66</sup> sowie das BDIMR-Diskussionspapier "*Election Principles and Existing OSCE Commitments for Democratic Elections*"<sup>67</sup> vor. Im "Diskussionspapier" werden einzelne Wahlfragen dargestellt, unter OSZE-Verpflichtungen sowie aus BDIMR-Erfahrungen beleuchtet und Anregungen dazu unterbreitet. Zu elektronischem Wählen und Stimmzählen, einer der "zukünftigen Herausforderungen", wird angemerkt, ein solches sollte nur zur Beschleunigung der Prozesse und Verringerung des Papieraufwands eingesetzt werden sowie alle herkömmlichen Elemente und Optionen aufweisen. Technologien dürften keine neuen Erfordernisse oder Beschränkungen mit sich bringen, die Auswirkungen auf die Ausübung des Wahlrechts haben könnten.

---

<sup>64</sup> European Commission for Democracy through Law (Venice Commission), *Report on the Compatibility of Remote Voting and Electronic Voting with the Requirements of the Documents of the Council of Europe*, on the basis of a contribution by Mr. Christoph Grabenwarter (substitute member, Austria), 12-13 March 2004; Doc. CDL-AD(2004)012 - [www.venice.coe.int/docs/2004/CDL-AD\(2004\)012-e.pdf](http://www.venice.coe.int/docs/2004/CDL-AD(2004)012-e.pdf)

<sup>65</sup> mehr dazu vom selben Autor, *Ist E-Voting auch OSZE-relevant ?*, in: OSZE-Jahrbuch 2004, Nomos, Baden-Baden (in Druck)

<sup>66</sup> OSZE-Dok.Nr. ODIHR.GAL/39/03

<sup>67</sup> OSZE-Dok.Nr. PC.SHDM.GAL/7/04 vom 9. Juli 2004

Infolge des notwendigen Vertrauens der Öffentlichkeit und der erheblichen Voraussetzungen zur Sicherstellung richtiger Wahlergebnisse bei E-Voting sollten Staaten vor dessen Einführung große Vorsicht üben. Zu den nötigen Vorsichtsmaßnahmen werden effektive Beschwerdemöglichkeiten und die Möglichkeit einer händischen Stimmauszählungsüberprüfung angeführt. Weiters müssen die WählerInnen die Möglichkeit haben, ihre elektronische Stimme vor deren Absendung zu ändern - was die Notwendigkeit eines Ausdrucks des elektronischen Stimmzettels vor Absendung des *e-ballot* zur Folge habe. Auch werden die gleichzeitige Erstellung eines Papierausdrucks nach der tatsächlichen Stimmabgabe sowie die händische Auszählmöglichkeit angeregt. Unabhängig von der Art des eingesetzten E-Voting-Systems müssten alle Auszählergebnisse detailliert gegliedert und auf kleinste Einheiten heruntergebrochen sowohl den VertreterInnen der KandidatInnen und BeobachterInnen zugänglich als auch zur öffentlichen Ansicht gebracht werden.

Beim Wiener Seminar wurde E-Voting von einer Reihe von TeilnehmerInnen angesprochen. Der Tenor dabei war interessiert und generell-positiv, eine Befassung der OSZE mit dem Thema wurde befürwortet. Schweiz, Kasachstan und Aserbaidschan erklärten ihre E-Voting-Systeme und -Überlegungen, andere behandelten Fragen der elektronischen Wahlberechtigten-Register. Die Überbetonung der Papierausdrucke im BDIMR-Diskussionspapier wurde von zwei Seiten kritisiert.<sup>68</sup>

Als erste praktische Anwendungsfälle der OSZE-Befassung mit E-Voting (in Wahllokalen) können die kasachischen Parlamentswahlen vom 19. September 2004 sowie die US-Präsidentenwahlen vom 9. November 2004 erachtet werden.<sup>69</sup>

---

<sup>68</sup> die wiederholte und breite Betonung von Papierausdrucken gibt nur *eine* der vielen wissenschaftlichen Meinungen wieder. Die dahinterliegenden Fragen könnten auch anderwertig gelöst werden. Der Rekurs auf Papier an sich meistert nicht die bestehenden Herausforderungen

<sup>69</sup> s. Erwähnung elektronischer Elemente im '*Statement of Preliminary Findings and Conclusions, International Election Observation Mission, Republic of Kazakhstan, Parliamentary Elections, 19 September 2004*' - [www.osce.org/documents/odihr/2004/09/3604\\_en.pdf](http://www.osce.org/documents/odihr/2004/09/3604_en.pdf) -, sowie bei Vorauspressemeldungen aus (nicht-publizierten) OSZE-Quellen zu den US-Präsidentenwahlen

## XI) Erfahrungen und Evaluierung

Neben einer einheitlichen Terminologie und vielfach auch Standards fehlt international auch ein breiter Konsens über die derzeitige Möglichkeit und grundsätzliche Nützlichkeit der Einführung von E-Voting. Grund dafür sind unterschiedliche wissenschaftliche Meinungen und vor allem eine generelle Abneigung gegen fundamentale Änderungen im Wahlrecht, vor allem wenn solche mit "unsichtbarer" Technik verbunden sind. Resistenzen unterschiedlicher Art gegen E-Voting können auch seitens der politischen Opposition, einzelner WissenschaftlerInnen oder NGOs vokalisiert und eventuell instrumentalisiert werden.

E-Voting beinhaltet eine Reihe von Herausforderungen in verschiedenen Bereichen, von denen noch nicht alle bei allen E-Voting-Arten gelöst sind. Es muss unter anderem *zweifelsfrei* sichergestellt sein, dass nur die berechtigten WählerInnen abstimmen (Identifizierung und Authentifizierung), dass sie physisch unbeeinflusst abstimmen, dass sie nur einmal abstimmen, dass ihre Stimmen auf dem Weg zur Wahlkommission nicht verfälscht - bzw wenn verfälscht, als solches erkannt - werden, dass ihre Stimmen in einer Weise ankommen, dass sie - zumindest ab einem bestimmten Zeitpunkt - nicht mit der stimmberechtigten Person in Verbindung gebracht werden können (Anonymität aufgrund des Wahlgeheimnisses), jedoch einer nachträglichen Überprüfung unterzogen werden können (*audit trail*), und vieles andere mehr. Im Unterschied zu herkömmlichen Wahlsystemen besteht weiters bei E-Voting-Systemen grundsätzlich die Gefahr eines Totalzusammenbruchs des eingesetzten Systems, wogegen Vorkehrungen (im Rahmen der Krisenszenarien-Behandlung) unternommen und bereitgestellt werden müssen. Neben der Achtung der allgemeinen Wahlrechtsgrundsätze kommen einzelstaatliche Eigenheiten des Wahlrechts und dessen Durchführung hinzu, die elektronisch abzubilden sind - falls nicht anlässlich der Einführung von E-Voting auch das Wahlrecht an sich geändert wird.

Neben den möglichen technischen Lösungen besteht immer auch die Herausforderung, die jeweilige Lösung den BürgerInnen verständlich zu machen, um das für die Einführung von E-Voting erforderliche Vertrauen zu erzeugen. Dieser Prozess kostet im Allgemeinen einige Zeit und viel Informations- und Überzeugungsarbeit, ist aber unabdingbar, um im Bereich allgemeiner Wahlen einen derartig neuen zusätzlichen Weg einführen zu können.

Die Zahl der umfassenden und transparenten Projektberichte zu E-Voting - sowie solcher von dritter Seite - ist bislang äußerst klein. Weiters gab es nur wenige Tests mit größerer Beteiligung(smöglichkeit).<sup>70</sup> Auch fehlen vielfach (unabhängige) wissenschaftliche Untersuchungen. Die Schweiz, eines der Länder mit den umfassendsten Erfahrungen, hat am 18. August 2004 einen umfassenden 'Zwischenbericht' veröffentlicht.<sup>71</sup>

<sup>70</sup> zB England/ein paar Hunderttausend, CSFE/5.354, NL-EP-Wahl/4.871, Schweiz zuletzt/2.723, Slowakei/774, Auslandskatalonen/730, Madrid-Bezirksreferendum/591 [öst. Tests zum Vergleich: 961+355]

<sup>71</sup> [www.admin.ch/ch/d/egov/ve/dokumente/Zwischenbericht.pdf](http://www.admin.ch/ch/d/egov/ve/dokumente/Zwischenbericht.pdf)

Mit der jüngst zunehmenden Anzahl der sich mit E-Voting befassenden Staaten und mit zunehmender Anzahl legislativer Pläne und Akte erhöhte sich auch merklich die Qualität der Produkte. Daher wären jüngsten Einsätzen und Rechtsquellen - gegenüber älteren - besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Aufgrund der noch geringen Zahl der I-Voting-Einsätze und deren TeilnehmerInnen sowie auch der umfassenden Berichte können *lessons learnt* nur ansatzweise und punktuell festgestellt und wiedergegeben werden. In der folgenden Liste wird versucht, diese *lessons learnt* in der Form von Empfehlungen zu formulieren, auf welche Weise E-/I-Voting eingeführt werden sollte, um dabei Fehler zu vermeiden und die Einführung erfolgreich gestalten zu können - wobei die Liste nicht als sog. *shopping list* verwendet werden darf (dh die Auswahl nur einzelner Elemente *ad libitum*), sondern in ihrer Gesamtheit umzusetzen ist :

- 1) da die Einführung von E-Voting eine politische Entscheidung darstellt, bedarf sie eines breiten Konsenses und gründlicher Vorbereitung; das Auftreten innenpolitischen Zanks sollte vermieden werden;
- 2) E-Voting als *zusätzlichen, optionalen* Weg der Stimmabgabe anbieten;
- 3) ein einfach zu bedienendes System anbieten;
- 4) die Lösung von Sicherheitsfragen in den Vordergrund stellen - im Sinne der ER-Empfehlung, dass "*E-Voting [in Summe] so ... sicher wie ... Wahlen ... ohne Einsatz elektronischer Mittel ... sein soll*",<sup>72</sup> ohne jedoch zu verkennen oder zu verschweigen, dass bei I-Voting manche Aspekte sicherer und andere weniger sicher als bei herkömmlichen Systemen sind;<sup>73</sup>
- 5) allen Wahlberechtigten die Stimmabgabe per E-Voting ohne zusätzlichen Aufwand (wie zB Papierantrag) ermöglichen, und
- 6) alle Wahlberechtigten darüber persönlich - per Post (oder elektronisch, sofern E-Mail-Adressen amtlich bekannt) - informieren;
- 7) Mehrwertssysteme anbieten, wobei der Mehrwert - je nach Wahlrecht unterschiedlich - in Bezug auf herkömmliche Systeme darzustellen ist;
- 8) mit begrenzten WählerInnen-Gruppen beginnen, die E-Voting wollen / brauchen: zB Personen, die am Wahltag infolge Reisen oder längerem Aufenthalt kein Wahllokal aufsuchen können; Behinderte und Bettlägerige, die nicht ins Wahllokal *gehen* können; Behinderte, die eine zweite Person zur geheimen Stimmabgabe benötigen; mobile und vielbeschäftigte Personen, die wählen wollen, sich aber nicht die Zeit / Mühe machen, zu einer bestimmten Zeit zu einem bestimmten Wahllokal zu gehen;
- 9) weder die Verantwortung noch die Führerrolle zu E-Voting aus der Hand des Staates geben / nehmen lassen;

---

<sup>72</sup> "*The comparison with the non-electronic voting system in the state concerned does not imply that e-voting has to be as secure and reliable as all the non-electronic voting channels together. The underpinning principle of the Recommendation is that a remote e-voting channel has to be – overall – as secure as an un-supervised remote non-electronic voting channel and a non-remote e-voting channel has to be as secure as a non-remote non-electronic voting channel.*", Punkt 17 (bezüglich Punkt i der Empfehlung), Entwurf des *Explanatory Memorandum*, 22. Juli 2004, IP1 (2004)41 E Fin (web), Internet-Text per 20.10.2004

<sup>73</sup> es gibt Elemente des I-Voting, die technisch nicht 100%-ig garantiert werden können - solche Aspekte gibt es jedoch auch bei herkömmlichen Wahlsystemen

- 10) Beziehen von Wissenschaft und Unternehmen von Anbeginn der Überlegungen und Arbeiten, einschließlich von Personen mit Expertise und Erfahrungen mit E-Voting-Tests;
- 11) schrittweises Vorgehen: unverbindliche Wahltests vor rechtgültige Testwahlen; und kleine vor größeren TeilnehmerInnen-Zahlen;
- 12) breite und vielschichtige Umsetzung des Prinzips der "*checks and balances*";
- 13) volles Verständnis und Vertrauen von WählerInnen und PolitikerInnen - einschließlich der Opposition - in das System, dessen (staatliche) Verantwortliche, dessen Kontrolle und Kontrolleure sind unabdingbar;
- 14) am besten erzielbar via maximale Offenheit (einschließlich zur eingesetzten Software<sup>74</sup>), *aktive* Informationstätigkeit sowie eine gut-organisierte öffentliche Debatte, und
- 15) der Veröffentlichung *jeglicher* Berichte über das System und seiner Tests, unabhängig von deren Ausgang und Wertungen;
- 16) kurz-, mittel- und langfristige Kostenfaktoren (für alle Beteiligten) darstellen;
- 17) unabhängige *ex-ante*- und *ex-post*-Überprüfungen, end-to-end-Tests, und feindliche Tests vorsehen und in Auftrag geben;
- 18) Krisenszenarien entwickeln, für die Zeit des E-Voting-Einsatzes bereithalten, und den Betroffenen vorab erklären;
- 19) Aufgaben, Orte, Wege und Software auf jeweils Mehrere verteilen; verschiedene Personen, Orte, Wege und Lieferanten benutzen - um Probleme zu verringern, die von einer einzelnen Person oder einer einzelnen Quelle kommen können;
- 20) Technologieneutralität - dh eine problemlose Möglichkeit des Wechsels der eingesetzten Technologie sowie der Liefer-Unternehmen - sicherstellen, wobei Wechsel auch nur einzelner Bausteine des gesamten Systems möglich sein sollten;
- 21) sozio-politische und kulturelle Faktoren beachten - die von Fall zu Fall verschieden sein können -, weil das Vertrauen der Wählerschaft - auch jener Personen, die sich des E-Voting *nicht* bedienen - nicht nur mit Technologiefragen, -lieferanten und -garantien verbunden ist;
- 22) die Einführung von E-Voting nicht automatisch mit anderen Wahlrechtsänderungen verknüpfen (sondern zunächst bestehende Verfahren abbilden),<sup>75</sup> jedoch Verbesserungen aufgrund der Diskussionen um E-Voting sowie aufgrund technischer Möglichkeiten nicht ausschließen,
- 23) E-Voting vorerst bei "nicht-politischen" Wahlen testen und einführen;
- 24) das E-Voting-System - bzw. dessen Änderungen - erklären, deutlich machen, von WählerInnen ausprobieren lassen (Testsites), Fragen beantworten, Vorschläge aufgreifen / kommentieren / ev. umsetzen, nicht-elektronische Helpdesks (zB Telefon-Hotlines) einrichten, etc;
- 25) von Anfang an eine ständige Verbesserung des E-Voting Systems - insbesondere die technische Innovation - vorsehen und einplanen;

---

<sup>74</sup> wobei gewisse Einschränkungen aus Sicherheitsgründen gerechtfertigt sein können

<sup>75</sup> jedoch bei aller Anerkennung, dass E-Voting in vielen Aspekten deutlich unterschiedlich zu herkömmlichen mit Wahlen verbundenen Vorgängen ist, und daher Unterschiede zB zu (expliziten) Sicherheitsvorkehrungen, (beschränktem) Datenzugriff, Kopien von (elektronischen) Wahlkarten, Kopieren / Drucken von (elektronisch) *abgegebenen* Stimmen, (besonderen E-)Krisenszenarien uvam nicht nur gerechtfertigt, sondern geboten sind

- 26) für Identifizierungen, Authentifizierungen und Bestätigungen Verwendung von *smart cards* - nicht PINs - und elektronischer Unterschrift ("Signatur") - wie dies die österreichische Bürgerkarte vorsieht;<sup>76</sup>
- 27) *va* zur Vermeidung von Fehlerquellen bei postalischer Übermittlung sowie Medienbrüchen: für alle WählerInnen-Schritte (incl. zB Registrierung) den elektronischen Weg anbieten.

### XIII) Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Gerade zu E-Voting sind jegliche Zusammenfassung und Schlussfolgerungen als temporär definiertes Abbild stark im Fluss befindlicher Entwicklungen zu sehen. Unter diesem Gesichtspunkt werden folgende angeboten:

- E-Voting wird in Europa - wie weltweit - steigende Aufmerksamkeit gewidmet. Die InteressentInnen und deren Gründe sind vielfältig und zT unterschiedlich. Zu den unterschiedlichen Akteuren zählen Staaten, internationale Organisationen, die Wissenschaft einschließlich insbesondere ihrer juristischen und IKT-ExpertInnen, sowie die Industrie.
- Zu den allgemein-anerkannten Hauptzielen des E-Voting zählen Erleichterungen für die WählerInnen und die Verwaltung, Zugangsmöglichkeiten zur (geheimen) Stimmabgabe für einen größeren Teil der Wahlberechtigten als davor, Entsprechung dem Kommunikations- und Transaktionsverhalten der Bevölkerung, Qualitätsverbesserungen bei Stimmzählung und einzelnen Sicherheitsfaktoren gegenüber herkömmlichen Verfahren, sowie die *Möglichkeit*, die Abgabe (ungewollt) ungültiger Stimmen zu verhindern.<sup>77</sup>
- E-Voting im Wahllokal ist in einigen Ländern bereits ständige Praxis geworden - breit[er] in Belgien, den Niederlanden, den USA, Russland, Aserbaidschan, Brasilien, Paraguay und Indien; in Einzel- bzw. Testfällen zB auch in Deutschland, Kanada, Portugal, Dänemark und Australien - und wird in einigen anderen angedacht bzw. pilotiert (Irland, Portugal, Finnland, Kasachstan, Mexiko, Venezuela, Peru, Kolumbien).
- Auch zu I[n]ternet]-Voting gibt es in einer Reihe von hochindustrialisierten Ländern bereits staatliche wie private Testergebnisse (ua Frankreich, Italien, Dänemark, Portugal, Deutschland, Österreich) bzw. in einigen auch Echtwahlversuche (letztere in England, der Schweiz, Japan, den Niederlanden und Spanien).

---

<sup>76</sup> bei Einsatz der sog. "Handysignatur" [in Österreich 'Verwaltungssignatur' gem. § 25, E-GovG, und VerwSigV] könnten - abgesehen von der Frage deren kommerzieller Verfügbarkeit auch im Ausland - in manchen Ländern technische Probleme auftreten

<sup>77</sup> ob bzw. welche Art ungültiger Stimmen bei eingesetzten System tatsächlich verhindert wird (zB Mehrfachankreuzen oder/und leere Stimmzettel) - bzw. ob zB auch die (bei Papierstimmzetteln gegebene) Möglichkeit elektronisch geboten wird, auf den Stimmzettel eigene Texte zu hinterlassen -, obliegt dem gesetzgebenden Organ

- Weitere Staaten prüfen und überlegen die Einführung von E- bzw. I-Voting; Spanien und Estland könnten es ev. bald breit einführen; auch Italien denkt daran.
- Bei vielen der I-Voting-interessierten Staaten liegt ein Fokus auf den AuslandsbürgerInnen, weil dort I-Voting besondere Vorteile aufzuweisen hat und aktiv nachgefragt wird.
- I-Voting beinhaltet eine Reihe von Herausforderungen politischer, technischer, juristischer und sozio-kultureller Art. So sind insbesondere die juristischen Grundsätze des geheimen und persönlichen Wahlrechts auch bei I-Voting einzuhalten. Ebenso sind Fragen der Identifikation und Authentifizierung sowie der Anonymität der Stimme bei kontinuierlicher Überprüfungsmöglichkeit insbesondere nach Durchführung der Wahl (*audit trail*) technisch zu lösen. Vor allem aber muss I-Voting von allen Beteiligten als sicher und verlässlich erachtet werden, muss Vertrauen in das System, dessen (staatliche) Verantwortliche, dessen Kontrolle und Kontrolleure bestehen.
- Noch nicht *alle* Herausforderungen bei *allen* E-Voting-Arten sind gelöst, wohl aber *manche* bei *manchen*, und an *anderen* wird international intensiv gearbeitet.<sup>78</sup>
- Wichtig bei einer allf. Einführung von I-Voting ist ein umsichtiges, breit konsultiertes, völlig transparentes und *va* schrittweises Vorgehen - unter Priorisierung von Sicherheitsaspekten und Beachtung der Technologieneutralität -, um neben der Bewältigung der technischen wie operationellen Herausforderungen insbesondere das Vertrauen der WählerInnen in diese neue - nur zusätzliche, optionale - Möglichkeit der Stimmabgabe zu erlangen.

© T.M.Buchsbaum, BMAA

## Anhänge:

./.

---

<sup>78</sup> einschließlich zB von Konzepten zur (elektronischen) Verhinderung von sog. "*family voting*"



## Anhänge

### Anhang 1:

#### **indikative Liste der Gründe einzelner Staaten an der Einführung von E-Voting (aus der Empfehlung des Europarates zu E-Voting-Standards)**

- enabling voters to cast their vote from a place other than the polling station in their voting district;
- facilitating the casting of the vote by the voter;
- facilitating the participation in elections and referendums of all those who are entitled to vote, and particularly of citizens residing or staying abroad;
- widening access to the voting process for voters with disabilities or those having other difficulties in being physically present at a polling station and using the devices available there;
- increasing voter turnout by providing additional voting channels;
- bringing voting in line with new developments in society and the increasing use of new technologies as a medium for communication and civic engagement in pursuit of democracy;
- reducing, over time, the overall cost to the electoral authorities of conducting an election or referendum;
- delivering voting results reliably and more quickly; and
- providing the electorate with a better service, by offering a variety of voting channels.

### Anhang 2:

#### **Schweizerische Rechtsquellen**

#### **Bundesgesetz über die politischen Rechte vom 17. Dezember 1976 idgF (vom 14. Oktober 2003)**

##### Art. 8a Elektronische Stimmabgabe

eingefügt durch Ziff. I des BG vom 21. Juni 2002, in Kraft seit 1. Jänner 2003

<sup>1</sup> Der Bundesrat kann im Einvernehmen mit interessierten Kantonen und Gemeinden örtlich, zeitlich und sachlich begrenzte Versuche zur elektronischen Stimmabgabe zulassen.

<sup>2</sup> Die Kontrolle der Stimmberechtigung, das Stimmgeheimnis und die Erfassung aller Stimmen müssen gewährleistet und Missbräuche ausgeschlossen bleiben.

<sup>3</sup> Die Versuche mit elektronischer Stimmabgabe werden wissenschaftlich begleitet und insbesondere werden Daten zu Geschlecht, Alter und Ausbildung erhoben.

<sup>4</sup> Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.

#### **Verordnung über die politischen Rechte vom 24. Mai 1978 idgF (vom 28. Januar 2003)**

##### Abschnitt 6a: Pilotversuche mit elektronischer Stimmabgabe

##### Art. 27a Pilotversuche mit elektronischer Stimmabgabe bei Volksabstimmungen und Wahlen

<sup>1</sup> Pilotversuche zur elektronischen Stimmabgabe bei Volksabstimmungen und Wahlen bedürfen einer Genehmigung des Bundesrates.

<sup>2</sup> Die elektronische Stimmabgabe bei Volksabstimmungen und Wahlen ist nur zulässig, soweit sie in den dafür bestimmten Gemeinden für alle Urnengänge desselben Abstimmungsdatums ermöglicht wird.

<sup>3</sup> Kantone, welche solche Pilotversuche durchführen, können soweit dafür nötig von den Bestimmungen abweichen, welche das Gesetz für die briefliche Stimmabgabe oder den Urnengang vorsieht.

<sup>4</sup> Stimmabgabe durch Stellvertretung ist untersagt.

#### Art. 27b Gesuche

Die Gesuche um Genehmigung eines Pilotversuchs müssen enthalten:

- a. den Nachweis, dass der Pilotversuch nach den Vorschriften des Bundesrechts durchgeführt werden kann;
- b. die kantonalen Bestimmungen, welche hierfür erlassen werden.

#### Art. 27c Inhalt der Genehmigung

Mit der Genehmigung bewilligt der Bundesrat die Abweichungen von den Vorschriften des Gesetzes und legt fest:

- a. für welche Wahlen oder für welche Abstimmungsvorlagen des Bundes die elektronische Stimmabgabe zugelassen wird;
- b. in welchem Zeitraum die elektronische Stimmabgabe ermöglicht werden darf;
- c. für welche Gemeinden die aus dem Versuch hervorgehenden Wahl- oder Abstimmungsergebnisse rechtlich bindende Wirkungen zeitigen.

#### Art. 27d Voraussetzungen der Genehmigung

<sup>1</sup> Der Bundesrat erteilt die Genehmigung nur, soweit die Anforderungen nach den Artikeln 27d–27p erfüllt sind. Insbesondere muss sichergestellt sein, dass:

- a. nur stimmberechtigte Personen am Urnengang teilnehmen können (Kontrolle der Stimmberechtigung);
- b. jede stimmberechtigte Person über eine einzige Stimme verfügt und lediglich einmal stimmen kann (Einmaligkeit der Stimmabgabe);
- c. Dritte elektronisch abgegebene Stimmen nicht systematisch und wirkungsvoll abfangen, verändern oder umleiten können (zuverlässige Wiedergabe unverfälschter Willenskundgabe);
- d. Dritte vom Inhalt elektronisch abgegebener Stimmen keine Kenntnis erhalten können (Stimmgeheimnis);
- e. sämtliche Stimmen bei der Ermittlung des Ergebnisses berücksichtigt werden (Vertrauenswürdigkeit der Ergebnisermittlung);
- f. jeglicher systematische Missbrauch ausgeschlossen werden kann (Regelkonformität des Urnengangs).

<sup>2</sup> Für Pilotversuche mit Zutrittscode, Zugriffsberechtigung oder elektronischer Unterschrift erteilt der Bundesrat die Genehmigung nur, soweit sichergestellt ist, dass:

- a. Dritte Zutrittscode, Zugriffsberechtigung oder elektronische Unterschrift nicht systematisch abfangen, verändern oder umleiten können;
- b. Dritte Zutrittscode, Zugriffsberechtigung oder elektronische Unterschrift nicht systematisch missbrauchen können;

c. das Konzept der Sicherheitsmassnahmen jede Gefahr gezielten und systematischen Missbrauchs ausschliesst.

<sup>3</sup> Ausserdem erteilt der Bundesrat die Genehmigung nur, wenn der Kanton nachweist, dass er über ein umsetzbares Konzept technischer, finanzieller und organisatorischer Massnahmen zur Durchführung der Pilotversuche verfügt und dass er die Stimmberechtigten allgemein verständlich über Organisation, Technik und Verfahren der elektronischen Stimmabgabe informiert.

#### Art. 27e Schutz der Meinungsbildung vor Manipulation

<sup>1</sup> Die Benutzerführung darf nicht zu übereilter oder unüberlegter Stimmabgabe verleiten.

<sup>2</sup> Die Stimmberechtigten müssen vor Abgabe ihrer Stimme ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht werden, dass sie durch das Übermitteln der elektronischen Stimmen gültig an einem Volksentscheid teilnehmen.

<sup>3</sup> Vor der Stimmabgabe muss die stimmberechtigte Person bestätigen, dass sie von dieser Meldung Kenntnis nehmen konnte.

<sup>4</sup> Manipulative Einblendungen systematischer Art auf dem zur Stimmabgabe verwendeten Gerät während des Stimmvorgangs müssen ausgeschlossen werden können.

<sup>5</sup> Die Stimmberechtigten müssen bis zum Absenden ihrer Stimme die Möglichkeit haben, ihre Eingabe zu korrigieren oder die Stimmabgabe abzubrechen.

<sup>6</sup> Die Übermittlung muss für die stimmende Person auf dem zur Stimmabgabe verwendeten Gerät erkennbar sein.

<sup>7</sup> Die Daten müssen so verschlüsselt übermittelt werden, dass veränderte Stimmdateien gar nicht zum Abstimmungsverfahren zugelassen werden.

#### Art. 27f Verschlüsselung

<sup>1</sup> Die Massnahmen zur Wahrung des Stimmgeheimnisses müssen sicherstellen, dass elektronische Stimmen bei den zuständigen Behörden anonymisiert zur Auszählung eintreffen und nicht zurückverfolgt werden können.

<sup>2</sup> Die Übertragungswege, die Überprüfung der Stimmberechtigung, die Registrierung der Stimmabgabe im Stimmregister und die Stimmabgabe in die elektronische Urne müssen so organisiert sein, dass zu keinem Zeitpunkt ein Abstimmungsverhalten einer stimmberechtigten Person zugeordnet werden kann.

<sup>3</sup> Die Stimmen müssen zu Beginn der Übermittlung bei dem zur Stimmabgabe verwendeten Gerät der stimmberechtigten Person verschlüsselt werden. Sie dürfen nur verschlüsselt übermittelt werden. Das Übertragungsverfahren muss verunmöglichen, dass Stimmdateien gezielt oder systematisch ausgespäht oder entschlüsselt werden können.

<sup>4</sup> Angaben zur stimmberechtigten Person dürfen erst beim Wahl- und Abstimmungsserver entschlüsselt werden, namentlich zur Kontrolle darüber, dass eine stimmberechtigte Person nur eine einzige Stimme abgibt.

<sup>5</sup> Abgegebene Stimmen dürfen erst bei der Auszählung entschlüsselt werden; bis dahin werden sie in der elektronischen Urne verschlüsselt aufbewahrt.

#### Art. 27g Stimmgeheimnis

<sup>1</sup> Es sind sämtliche geeigneten Massnahmen zu treffen, damit ausgeschlossen werden kann, dass zwischen einer Stimme in der elektronischen Urne und der Person, die sie abgegeben hat, eine Verbindung hergestellt werden kann.

<sup>2</sup> Bearbeitungen im Zusammenhang mit der elektronischen Stimmabgabe müssen von sämtlichen anderen Anwendungen klar getrennt sein.

<sup>3</sup> Während der Öffnung der elektronischen Urne muss jeder Zugriff auf das System oder auf eine seiner Komponenten durch mindestens zwei Personen erfolgen; er muss protokolliert werden, und er muss von einer Vertretung der zuständigen Behörde kontrolliert werden können.

<sup>4</sup> Es müssen alle erforderlichen Massnahmen getroffen werden, damit keine Informationen, die während der elektronischen Bearbeitung nötig sind, zur Verletzung des Stimmgeheimnisses benützt werden können.

#### Art. 27h Weitere Massnahmen zur Sicherung des Stimmgeheimnisses

<sup>1</sup> Während des Stimmvorgangs müssen sachfremde Zugriffe auf die als Wahl- und Abstimmungsserver und als elektronische Urne benützten Medien ausgeschlossen sein.

<sup>2</sup> Abgegebene Stimmen müssen in der elektronischen Urne anonymisiert gespeichert werden. Die Anordnung der gespeicherten Stimmen darf keinen Rückschluss auf die Reihenfolge des Stimmeneingangs ermöglichen.

<sup>3</sup> Die Bedienungsanleitung muss darüber informieren, wie die Stimme in dem zur Stimmeingabe verwendeten Gerät auf allen Speichern gelöscht werden kann.

<sup>4</sup> Auf dem zur Stimmabgabe verwendeten Gerät muss die Stimme nach der Übermittlung durch den Stimmberechtigten unverzüglich ausgeblendet werden. Die verwendete Wahl- oder Abstimmungssoftware darf keinen Ausdruck der tatsächlich abgegebenen Stimme zulassen.

#### Art. 27i Kontrolle der Stimmberechtigung

Vor der elektronischen Stimmabgabe muss die stimmende Person gegenüber der zuständigen Behörde nachweisen, dass sie stimmberechtigt ist.

#### Art. 27j Einmaligkeit der Stimmabgabe

Die stimmende Person darf zur Stimmabgabe erst zugelassen werden, wenn ausgeschlossen werden kann, dass sie bereits gestimmt hat.

#### Art. 27k Sicherung abgegebener Stimmen

Technische Massnahmen müssen gewährleisten, dass bei Systemstörung oder —ausfall keine Stimme unwiederbringlich verloren gehen kann. Die Abläufe müssen überprüfbar und die Zählung der Stimmrechtsausweise und der abgegebenen Stimmen möglich bleiben.

#### Art. 27l Technischer Stand

<sup>1</sup> Die bei den zuständigen Behörden eingesetzten technischen Komponenten, die Software, die Aufbau- und die Ablauforganisation werden vor jedem Urnengang nach neuestem Stand der Technik beurteilt.

<sup>2</sup> Die Erfüllung der Sicherheitsanforderungen und die Funktionalität des elektronischen Wahl- oder Abstimmungssystems müssen von einer unabhängigen, von der Bundeskanzlei anerkannten externen Stelle bestätigt sein. Diese Anforderung gilt auch für jegliche Änderung des Systems.

<sup>3</sup> Urne und Wahl- oder Abstimmungsserver müssen vor jeglichen Angriffen geschützt sein. Der Zugriff auf Stimmdateien und der Zutritt zu den Geräten dürfen nur autorisierten Personen möglich sein:

- a. zur Überprüfung der Stimmberechtigung;
- b. zur Überprüfung auf mehrfache Ausübung des Stimmrechts;
- c. zur Registrierung der Stimmabgabe;
- d. zur Speicherung der Stimmabgabe zugelassener Stimmberechtigter.

#### Art. 27m Ermittlung des Ergebnisses

<sup>1</sup> Vor der Schliessung der elektronischen Urne dürfen keine Zwischenergebnisse des Urnengangs erhoben werden.

<sup>2</sup> Die verschlüsselten Voten sind nach Abschluss des elektronischen Urnengangs entsprechend den kantonalen Bestimmungen unverzüglich zu entschlüsseln. Anschliessend sind sie auszuzählen. Die elektronische Auszählung muss einer Vertretung der Stimmberechtigten zugänglich sein.

<sup>3</sup> Nach der Auszählung sind sie zu den auf anderem Wege abgegebenen Stimmen hinzuzählen.

<sup>4</sup> Über die Auszählung der elektronischen Stimmen ist ein Journal zu führen.

#### Art. 27n Behebung von Pannen

Treten Unregelmässigkeiten auf, so muss die Anzahl fehlerhafter elektronischer Stimmabgaben erhoben werden können, und eine Nachzählung zur Behebung fehlerhafter Auszählungsergebnisse muss möglich sein.

#### Art. 27o Wissenschaftliche Begleitung

Die Bundeskanzlei legt die Rahmenbedingungen (Kosten, Untersuchungsziele) wissenschaftlicher Begleiterhebungen über die soziografische Zusammensetzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Pilotversuchen mit elektronischer Stimmabgabe fest.

#### Art. 27p Überprüfung der Wirksamkeit

<sup>1</sup> Die Bundeskanzlei sorgt dafür, dass Pilotversuche mit elektronischer Stimmabgabe auf ihre Wirksamkeit (Entwicklung der Stimmbeteiligung und Auswirkungen auf die Stimmgewohnheiten) überprüft werden.

<sup>2</sup> Sie gewährleistet die Kohärenz der Überprüfungen.

#### Art. 27q Pilotversuche zur Unterzeichnung eidgenössischer Volksbegehren auf elektronischem Wege

<sup>1</sup> Der Bundesrat erteilt die Genehmigung für Pilotversuche zur Unterzeichnung eidgenössischer Volksbegehren auf elektronischem Wege unter der Voraussetzung, dass die Kontrolle der Stimmberechtigung, das Stimmgeheimnis und die korrekte Zuordnung aller Unterschriften gewährleistet und jede Gefahr gezielten oder systematischen Missbrauchs ausgeschlossen werden können.

<sup>2</sup> Die Artikel 27a–27p gelten sinngemäss.

**Anhang 3:****[Netherlands] Interim Rules on Experiments Conducted as part of the Remote Electronic Voting Project (Remote Electronic Voting Experiments Act)**

We Beatrix, by the grace of God Queen of the Netherlands, Princess of Orange-Nassau, etc., etc., etc.

Greetings to all who shall see or hear these presents! Be it known:

Whereas We have considered it desirable to draw up interim rules to allow experiments to be conducted with new facilities enabling voters in the Netherlands to vote in places other than their designated polling stations and voters abroad to cast their votes, with the help of information and communication technology, in a manner other than by post;

We, therefore, having heard the Council of State, and in consultation with the States General, have approved and decreed as We hereby approve and decree:

**Section 1**

1. Our Minister of the Interior and Kingdom Relations may determine that, during elections as referred to in the Elections Act, experiments shall be conducted with a view to new facilities enabling voters in the Netherlands to vote at the polling station of their choice or voters outside the Netherlands to cast their votes with the help of information and communication technology at a place other than a polling station. Our Minister of the Interior and Kingdom Relations may, with the consent of the councils concerned, designate municipalities in which experiments shall be conducted.

2. A decision as referred to in subsection 1 shall specify the ballot during which an experiment is to be conducted. The decision shall be published in the Government Gazette. The councils of the designated municipalities shall publish the decision or the substance thereof in an official publication, daily newspaper, newsheet or free local newspaper or in some other appropriate manner.

3. A decision as referred to in subsection 1 shall be taken only if the precision and reliability of the ballot will be guaranteed during the experiment and if the ballot will be at least as accessible to voters during the experiment as it would have been if no experiment had been conducted.

4. Section 8:1 of the General Administrative Law Act shall not apply to decisions as referred to in subsection 1.

**Section 2**

1. Facilities designated by Our Minister of the Interior and Kingdom Relations shall be used for the experiments referred to in section 1.

2. A facility as referred to in subsection 1 shall be designated only if it satisfies at least the following requirements:

- a. the secrecy of the ballot must be sufficiently guaranteed;
- b. the reliability of the facility must be sufficiently guaranteed;
- c. if the facility indicates lists of candidates, it must be capable of indicating the lists, the numbers assigned to each list and the designation of the political grouping, as well as the possibility for voters to indicate that they do not wish to make a choice, in a clear manner.

**Section 3**

Our Minister of the Interior and Kingdom Relations may determine that voters who wish to cast their votes during an experiment as referred to section 1 shall identify themselves by a reliable means designated by Our Minister. The said means of identification may form part of the experiment.

#### **Section 4**

1. Where possible, the experiments shall be conducted in accordance with the provisions laid down in and pursuant to the Elections Act.

2. Further rules concerning the experiments and the facilities to be used shall be laid down by or pursuant to order in council. At the next lower level these rules may derogate from the provisions laid down in and pursuant to the following parts of the Elections Act:

a. Sections D 3, D 3a and D 10, subject to the proviso that sections D 4 to D 9 shall apply mutatis mutandis to registration as eligible to vote of persons actually resident outside the Netherlands, insofar as this takes place in derogation from section D 3;

b. Chapter J, with the exception of section J 1, subject to the proviso that votes cast using information and communication technology from a location other than a polling station may be dispatched and received during a period, to be laid down in the order, prior to the day of the ballot, and of sections J 2, J 9, J 10, J 14, J 15 and J 35 to J 39;

c. Chapters K, L M and N;

d. Sections Y 2, Y 6(2) and (3), Y 8(1), insofar as the derogation entails the ability to dispatch and receive votes cast using information and communication technology from a location other than a polling station during a period prior to the day of the ballot (to be laid down in the order), and section V 7.

3. The rules referred to in subsection 2 shall in any case contain criteria for the evaluation of the experiments and the appointment of an independent advisory committee.

4. Our Minister of the Interior and Kingdom Relations may set up one or more polling stations intended solely for the casting of votes using information and communication technology. Rules concerning the membership of the electoral committee of a polling station referred to in the previous sentence, the appointment of the members and deputy members of the electoral committee and the place where the polling station is located shall be laid down by or pursuant to the order in council referred to in subsection 2. Rules concerning the financial remuneration of the members and deputy members of an electoral committee as referred to in the first sentence may be laid down by or pursuant to order in council.

5. The recommendation for the order in council to be made pursuant to subsection 2 shall be made not less than four weeks after the draft has been submitted to both houses of the States General.

6. Three months before an order in council as referred to in subsection 2 expires, Our Minister shall submit to the States General a report on the practical effects of the experiment and an opinion regarding the introduction of the facilities on a non-experimental basis.

#### **Section 5**

1. Any person who forges or counterfeits a means of identification designated pursuant to section 3 with a view to using it or having it used by others as though it were genuine and authentic shall be liable to a maximum of six years' imprisonment or a fourth-category fine.

2. Any person who deliberately makes use of a false or forged means of identification as though it were genuine and authentic or deliberately supplies or possesses such a means of identification, while he knows or might reasonably suspect that the said means of identification is intended for such use, shall be liable to the same penalty.

## Section 6

This Act shall be cited as the Remote Electronic Voting Experiments Act.

## Section 7

Subject to the provisions of section 16 of the Interim Referendum Act, this Act shall enter into force on the day following the date of publication of the Bulletin of Acts and Decrees in which it is published. It shall expire on 1 January 2008.

We order and command that this Act shall be published in the Bulletin of Acts and Decrees and that all ministries, authorities, bodies and officials whom it may concern shall diligently implement it.

### **Anhang 4:**

**Auszüge aus französischen Rechtsquellen** (Hervorhebungen [Unterstreichungen] vom Herausgeber)

### **Loi tendant à autoriser le vote par correspondance électronique des Français établis hors de France pour les élections du Conseil supérieur des Français de l'étranger**

Texte de loi publié au Journal officiel de la République française n° 75 du 29 mars 2003, page 5570

NOR: MAEX0306454L

L'Assemblée nationale et le Sénat ont adopté,

Le Président de la République promulgue la loi dont la teneur suit :

#### **Article 1**

L'article 6 de la loi n° 82-471 du 7 juin 1982 relative au Conseil supérieur des Français de l'étranger est ainsi rédigé :

« Art. 6. - Les électeurs votent soit dans les bureaux ouverts en application de l'article 5, soit par correspondance sous pli fermé ou, selon des modalités définies par décret, par voie électronique.

« Le scrutin est secret.

« Les dispositions de l'article L. 113 du code électoral s'appliquent. »

#### **Article 2**

Par dérogation aux dispositions de l'article 1er de la loi n° 82-471 du 7 juin 1982 relative au Conseil supérieur des Français de l'étranger, le mandat des quatre membres de ce conseil élus dans la circonscription de Côte d'Ivoire et du Liberia est prorogé jusqu'au 31 décembre 2003.



Le mandat des membres élus pour les remplacer expire à la même date que celui de la série A renouvelée en juin 2003.

La présente loi sera exécutée comme loi de l'Etat.

**Décret du 29 avril 2003 relatif au vote par correspondance électronique des électeurs inscrits dans les circonscriptions des Etats-unis d'Amérique pour les élections du 1er juin 2003 au Conseil supérieur de l'étranger**

Texte publié au Journal Officiel n° 101 du 30 avril 2003 page 7580

NOR : MAEF0310019D

Le Premier ministre,

Sur le rapport du ministre des affaires étrangères,

Vu le code électoral ;

Vu la loi n° 78-17 du 6 janvier 1978 modifiée relative à l'informatique, aux fichiers et aux libertés ;

Vu la loi n° 82-471 du 7 juin 1982 modifiée relative au Conseil supérieur des Français de l'étranger, notamment son article 6 ;

Vu le décret n° 84-252 du 6 avril 1984 modifié portant statut du Conseil supérieur des Français de l'étranger et fixant les modalités d'élection de ses membres ;

Vu l'avis de la Commission nationale de l'informatique et des libertés en date du 24 avril 2003 ;

Le Conseil d'Etat (section des finances) entendu,

**Article 1**

Les Français inscrits sur les listes établies pour l'élection des membres du Conseil supérieur des Français de l'étranger dans les deux circonscriptions électorales des Etats-Unis d'Amérique peuvent voter par voie électronique pour le renouvellement du Conseil supérieur des Français de l'étranger le 1er juin 2003.

**Article 2**

L'électeur ayant exercé son droit de vote par voie électronique n'est admis à voter ni par correspondance sous pli fermé ni en se présentant dans l'un des bureaux de vote ouverts en application de l'article 5 de la loi du 7 juin 1982 susvisée.

**Article 3**

Les données relatives aux Français inscrits sur la liste électorale prévue dans chaque circonscription consulaire par l'article 2 de la loi du 7 juin 1982 susvisée ainsi que celles relatives à leur vote font l'objet, selon les modalités techniques fixées par arrêté du ministre des affaires étrangères, de deux traitements automatisés d'information distincts, respectivement dénommés " fichier des électeurs " et " contenu de l'urne électronique ".

Le traitement dénommé " fichier des électeurs " a pour objet de fournir à chaque électeur, à partir de la liste électorale tenue par chaque consulat, des codes lui permettant d'exprimer son vote par voie électronique, d'identifier les électeurs ayant pris part au vote électronique et d'en éditer la liste.

Le traitement dénommé " contenu de l'urne électronique " a pour objet de recenser, par bureau, les votes exprimés par voie électronique. Les données de ce second fichier sont cryptées et ne peuvent comporter de lien permettant l'identification des électeurs.

Les postes consulaires aux Etats-Unis où sont installés un ou plusieurs bureaux de vote transmettent au secrétariat général du Conseil supérieur des Français de l'étranger la liste des électeurs dès sa validation par la commission administrative locale prévue à l'article 2 bis de la loi du 7 juin 1982 susvisée.

#### **Article 4**

Il est attribué à chaque électeur un code permettant de l'identifier et un mot de passe unique.

L'autorité consulaire adresse à tous les électeurs une circulaire et un bulletin de vote de chaque liste, l'adresse du site Internet auquel l'électeur doit se connecter pour voter et, dans des conditions garantissant leur confidentialité, les deux informations mentionnées à l'alinéa précédent.

#### **Article 5**

Le droit de vote peut être exercé par voie électronique à partir du 19 mai 2003, à 12 heures, jusqu'au 31 mai 2003, à 12 heures, heure locale du siège du bureau de vote sur la liste duquel l'électeur est inscrit.

Pour voter par voie électronique, l'électeur, après connexion au site Internet mentionné à l'article 4, s'identifie au moyen des éléments d'identification personnelle qui lui ont été attribués, exprime son vote et le valide. La validation du vote le rend définitif et empêche toute modification.

#### **Article 6**

Avant l'ouverture du scrutin, la liste des électeurs ayant voté par voie électronique est remise par l'autorité consulaire au président du bureau de vote aux fins d'apposition par le bureau de la mention " VCE ", signifiant vote par correspondance électronique, à côté du nom de ces électeurs sur la liste d'émargement.

#### **Article 7**

Lors du dépouillement des votes, le président du bureau et l'un des assesseurs reçoivent de l'autorité consulaire, selon des modalités garantissant leur confidentialité, deux codes distincts permettant d'accéder aux données du fichier dénommé " contenu de l'urne électronique ".

Le nombre de suffrages exprimés par voie électronique, ainsi que le nombre de voix ainsi obtenues par chaque liste, est édité sur une feuille de dépouillement distincte, dont le président donne lecture.

Le bureau contrôle que le nombre total de suffrages exprimés par voie électronique correspond au nombre des mentions de vote par voie électronique sur la liste d'émargement.

Le nombre total de suffrages exprimés par voie électronique, ainsi que le nombre de voix obtenues par chaque liste sont portés au procès-verbal sur une ligne distincte intitulée : votes par voie électronique.

### Article 8

Le ministre des affaires étrangères est chargé de l'exécution du présent décret, qui sera publié au Journal officiel de la République française.

## LOI n° 2004-575 du 21 juin 2004 pour la confiance dans l'économie numérique (1)

J.O n° 143 du 22 juin 2004 page 11168 texte n° 2 - Volltext s.  
[www.legifrance.gouv.fr/WAspad/UnTexteDeJorf?numjo=ECOX0200175L](http://www.legifrance.gouv.fr/WAspad/UnTexteDeJorf?numjo=ECOX0200175L)

NOR: ECOX0200175L

(...)

TITRE Ier

DE LA LIBERTÉ DE COMMUNICATION EN LIGNE

Chapitre Ier

La communication au public en ligne

Article 1

I. - L'article 1er de la loi n° 86-1067 du 30 septembre 1986 relative à la liberté de communication est ainsi rédigé :

« Art. 1er. - La communication au public par voie électronique est libre.

« L'exercice de cette liberté ne peut être limité que dans la mesure requise, d'une part, par le respect de la dignité de la personne humaine, de la liberté et de la propriété d'autrui, du caractère pluraliste de l'expression des courants de pensée et d'opinion et, d'autre part, par la sauvegarde de l'ordre public, par les besoins de la défense nationale, par les exigences de service public, par les contraintes techniques inhérentes aux moyens de communication, ainsi que par la nécessité, pour les services audiovisuels, de développer la production audiovisuelle.

« Les services audiovisuels comprennent les services de communication audiovisuelle telle que définie à l'article 2 ainsi que l'ensemble des services mettant à disposition du public ou d'une catégorie de public des oeuvres audiovisuelles, cinématographiques ou sonores, quelles que soient les modalités techniques de cette mise à disposition. »

II. - L'article 2 de la loi n° 86-1067 du 30 septembre 1986 précitée est ainsi rédigé :

« Art. 2. - On entend par communications électroniques les émissions, transmissions ou réceptions de signes, de signaux, d'écrits, d'images ou de sons, par voie électromagnétique.

« On entend par communication au public par voie électronique toute mise à disposition du public ou de catégories de public, par un procédé de communication électronique, de signes,

de signaux, d'écrits, d'images, de sons ou de messages de toute nature qui n'ont pas le caractère d'une correspondance privée.

« On entend par communication audiovisuelle toute communication au public de services de radio ou de télévision, quelles que soient les modalités de mise à disposition auprès du public, ainsi que toute communication au public par voie électronique de services autres que de radio et de télévision et ne relevant pas de la communication au public en ligne telle que définie à l'article 1er de la loi n° 2004-575 du 21 juin 2004 pour la confiance dans l'économie numérique.

« Est considéré comme service de télévision tout service de communication au public par voie électronique destiné à être reçu simultanément par l'ensemble du public ou par une catégorie de public et dont le programme principal est composé d'une suite ordonnée d'émissions comportant des images et des sons.

« Est considéré comme service de radio tout service de communication au public par voie électronique destiné à être reçu simultanément par l'ensemble du public ou par une catégorie de public et dont le programme principal est composé d'une suite ordonnée d'émissions comportant des sons. »

III. - Après l'article 3 de la loi n° 86-1067 du 30 septembre 1986 précitée, il est inséré un article 3-1 ainsi rédigé :

« Art. 3-1. - Le Conseil supérieur de l'audiovisuel, autorité indépendante, garantit l'exercice de la liberté de communication audiovisuelle en matière de radio et de télévision par tout procédé de communication électronique, dans les conditions définies par la présente loi.

« Il assure l'égalité de traitement ; il garantit l'indépendance et l'impartialité du secteur public de la radio et de la télévision ; il veille à favoriser la libre concurrence et l'établissement de relations non discriminatoires entre éditeurs et distributeurs de services ; il veille à la qualité et à la diversité des programmes, au développement de la production et de la création audiovisuelles nationales ainsi qu'à la défense et à l'illustration de la langue et de la culture françaises. Il peut formuler des propositions sur l'amélioration de la qualité des programmes.

« Le conseil peut adresser aux éditeurs et distributeurs de services de radio et de télévision ainsi qu'aux éditeurs de services mentionnés à l'article 30-5 des recommandations relatives au respect des principes énoncés dans la présente loi. Ces recommandations sont publiées au Journal officiel de la République française. »

IV. - Ainsi qu'il est dit à l'article 1er de la loi n° 86-1067 du 30 septembre 1986 relative à la liberté de communication, la communication au public par voie électronique est libre.

L'exercice de cette liberté ne peut être limité que dans la mesure requise, d'une part, par le respect de la dignité de la personne humaine, de la liberté et de la propriété d'autrui, du caractère pluraliste de l'expression des courants de pensée et d'opinion et, d'autre part, par la sauvegarde de l'ordre public, par les besoins de la défense nationale, par les exigences de service public, par les contraintes techniques inhérentes aux moyens de communication, ainsi que par la nécessité, pour les services audiovisuels, de développer la production audiovisuelle.

On entend par communication au public par voie électronique toute mise à disposition du

public ou de catégories de public, par un procédé de communication électronique, de signes, de signaux, d'écrits, d'images, de sons ou de messages de toute nature qui n'ont pas le caractère d'une correspondance privée.

On entend par communication au public en ligne toute transmission, sur demande individuelle, de données numériques n'ayant pas un caractère de correspondance privée, par un procédé de communication électronique permettant un échange réciproque d'informations entre l'émetteur et le récepteur.

On entend par courrier électronique tout message, sous forme de texte, de voix, de son ou d'image, envoyé par un réseau public de communication, stocké sur un serveur du réseau ou dans l'équipement terminal du destinataire, jusqu'à ce que ce dernier le récupère.

#### Article 2

I. - Aux articles 93, 93-2 et 93-3 de la loi n° 82-652 du 29 juillet 1982 sur la communication audiovisuelle, les mots : « communication audiovisuelle » sont remplacés par les mots : « communication au public par voie électronique ».

II. - A l'article 23 de la loi du 29 juillet 1881 sur la liberté de la presse, les mots : « communication audiovisuelle » sont remplacés par les mots : « communication au public par voie électronique ».

III. - Aux articles 131-10, 131-35 et 131-39 du code pénal, les mots : « communication audiovisuelle » sont remplacés par les mots : « communication au public par voie électronique ».

IV. - Aux articles 177-1 et 212-1 du code de procédure pénale, les mots : « communication audiovisuelle » sont remplacés par les mots : « communication au public par voie électronique ».

V. - Aux articles L. 49 et L. 52-2 du code électoral, les mots : « communication audiovisuelle » sont remplacés par les mots : « communication au public par voie électronique ».

VI. - A l'article 66 de la loi n° 71-1130 du 31 décembre 1971 portant réforme de certaines professions judiciaires et juridiques, les mots : « communication audiovisuelle » sont remplacés par les mots : « communication au public par voie électronique ».

VII. - Aux articles 18-2, 18-3 et 18-4 de la loi n° 84-610 du 16 juillet 1984 relative à l'organisation et à la promotion des activités physiques et sportives, les mots : « communication audiovisuelle » sont remplacés par les mots : « communication au public par voie électronique ».

#### Article 3

L'Etat, les collectivités territoriales, les établissements publics et les personnes privées chargées d'une mission de service public veillent à ce que l'accès et l'usage des nouvelles technologies de l'information permettent à leurs agents et personnels handicapés d'exercer leurs missions.

#### Article 4

On entend par standard ouvert tout protocole de communication, d'interconnexion ou

d'échange et tout format de données interopérable et dont les spécifications techniques sont publiques et sans restriction d'accès ni de mise en oeuvre.

(...)

### TITRE III DE LA SÉCURITÉ DANS L'ÉCONOMIE NUMÉRIQUE

#### Chapitre Ier Moyens et prestations de cryptologie

##### Article 29

On entend par moyen de cryptologie tout matériel ou logiciel conçu ou modifié pour transformer des données, qu'il s'agisse d'informations ou de signaux, à l'aide de conventions secrètes ou pour réaliser l'opération inverse avec ou sans convention secrète. Ces moyens de cryptologie ont principalement pour objet de garantir la sécurité du stockage ou de la transmission de données, en permettant d'assurer leur confidentialité, leur authentification ou le contrôle de leur intégrité.

On entend par prestation de cryptologie toute opération visant à la mise en oeuvre, pour le compte d'autrui, de moyens de cryptologie.

##### Section 1 Utilisation, fourniture, transfert, importation et exportation de moyens de cryptologie

##### Article 30

I. - L'utilisation des moyens de cryptologie est libre.

II. - La fourniture, le transfert depuis ou vers un Etat membre de la Communauté européenne, l'importation et l'exportation des moyens de cryptologie assurant exclusivement des fonctions d'authentification ou de contrôle d'intégrité sont libres.

III. - La fourniture, le transfert depuis un Etat membre de la Communauté européenne ou l'importation d'un moyen de cryptologie n'assurant pas exclusivement des fonctions d'authentification ou de contrôle d'intégrité sont soumis à une déclaration préalable auprès du Premier ministre, sauf dans les cas prévus au b du présent III. Le fournisseur ou la personne procédant au transfert ou à l'importation tiennent à la disposition du Premier ministre une description des caractéristiques techniques de ce moyen de cryptologie, ainsi que le code source des logiciels utilisés. Un décret en Conseil d'Etat fixe :

a) Les conditions dans lesquelles sont souscrites ces déclarations, les conditions et les délais dans lesquels le Premier ministre peut demander communication des caractéristiques du moyen, ainsi que la nature de ces caractéristiques ;

b) Les catégories de moyens dont les caractéristiques techniques ou les conditions d'utilisation sont telles que, au regard des intérêts de la défense nationale et de la sécurité intérieure ou extérieure de l'Etat, leur fourniture, leur transfert depuis un Etat membre de la

Communauté européenne ou leur importation peuvent être dispensés de toute formalité préalable.

IV. - Le transfert vers un Etat membre de la Communauté européenne et l'exportation d'un moyen de cryptologie n'assurant pas exclusivement des fonctions d'authentification ou de contrôle d'intégrité sont soumis à autorisation du Premier ministre, sauf dans les cas prévus au b du présent IV. Un décret en Conseil d'Etat fixe :

a) Les conditions dans lesquelles sont souscrites les demandes d'autorisation ainsi que les délais dans lesquels le Premier ministre statue sur ces demandes ;

b) Les catégories de moyens dont les caractéristiques techniques ou les conditions d'utilisation sont telles que, au regard des intérêts de la défense nationale et de la sécurité intérieure ou extérieure de l'Etat, leur transfert vers un Etat membre de la Communauté européenne ou leur exportation peuvent être soit soumis au régime déclaratif et aux obligations d'information prévus au III, soit dispensés de toute formalité préalable.

## Section 2

### Fourniture de prestations de cryptologie

#### Article 31

I. - La fourniture de prestations de cryptologie doit être déclarée auprès du Premier ministre. Un décret en Conseil d'Etat définit les conditions dans lesquelles est effectuée cette déclaration et peut prévoir des exceptions à cette obligation pour les prestations dont les caractéristiques techniques ou les conditions de fourniture sont telles que, au regard des intérêts de la défense nationale et de la sécurité intérieure ou extérieure de l'Etat, cette fourniture peut être dispensée de toute formalité préalable.

II. - Les personnes exerçant cette activité sont assujetties au secret professionnel, dans les conditions prévues aux articles 226-13 et 226-14 du code pénal.

#### Article 32

Sauf à démontrer qu'elles n'ont commis aucune faute intentionnelle ou négligence, les personnes fournissant des prestations de cryptologie à des fins de confidentialité sont responsables au titre de ces prestations, nonobstant toute stipulation contractuelle contraire, du préjudice causé aux personnes leur confiant la gestion de leurs conventions secrètes en cas d'atteinte à l'intégrité, à la confidentialité ou à la disponibilité des données transformées à l'aide de ces conventions.

#### Article 33

Sauf à démontrer qu'ils n'ont commis aucune faute intentionnelle ou négligence, les prestataires de services de certification électronique sont responsables du préjudice causé aux personnes qui se sont fiées raisonnablement aux certificats présentés par eux comme qualifiés dans chacun des cas suivants :

1° Les informations contenues dans le certificat, à la date de sa délivrance, étaient inexactes ;

2° Les données prescrites pour que le certificat puisse être regardé comme qualifié étaient incomplètes ;

3° La délivrance du certificat n'a pas donné lieu à la vérification que le signataire détient la convention privée correspondant à la convention publique de ce certificat ;

4° Les prestataires n'ont pas, le cas échéant, fait procéder à l'enregistrement de la révocation du certificat et tenu cette information à la disposition des tiers.

Les prestataires ne sont pas responsables du préjudice causé par un usage du certificat dépassant les limites fixées à son utilisation ou à la valeur des transactions pour lesquelles il peut être utilisé, à condition que ces limites figurent dans le certificat et soient accessibles aux utilisateurs.

Ils doivent justifier d'une garantie financière suffisante, spécialement affectée au paiement des sommes qu'ils pourraient devoir aux personnes s'étant fiées raisonnablement aux certificats qualifiés qu'ils délivrent, ou d'une assurance garantissant les conséquences pécuniaires de leur responsabilité civile professionnelle.

(...)

#### Article 54

##### I. - Le code du travail est ainsi modifié :

1° La première phrase du premier alinéa de l'article L. 423-13 est complétée par les mots : « ou par vote électronique, dans les conditions et selon les modalités définies par décret en Conseil d'Etat » ;

2° La première phrase du premier alinéa de l'article L. 433-9 est complétée par les mots : « ou par vote électronique, dans les conditions et selon les modalités définies par décret en Conseil d'Etat ».

II. - La mise en oeuvre du présent article est subordonnée à la signature d'un accord d'entreprise.

#### **Décret du 29 juillet 2004 relatif à l'élection des délégués consulaires**

Texte publié au Journal Officiel n° 179 du 4 août 2004 page 13874

NOR : JUSB0410403D

Le Premier ministre,

Sur le rapport du garde des sceaux, ministre de la justice,

Vu le code de commerce, notamment ses articles L. 713-6 à L. 713-18 ;

Vu le code pénal ;

Vu le code électoral ;



Vu le code de l'organisation judiciaire, notamment ses livres IV et IX ;

Vu le décret n° 90-1214 du 29 décembre 1990 relatif aux cahiers des charges de La Poste et au code des postes et télécommunications ;

Vu le décret n° 91-739 du 18 juillet 1991 relatif aux chambres de commerce et d'industrie, aux chambres régionales de commerce et d'industrie, à l'Assemblée des chambres françaises de commerce et d'industrie et aux groupements interconsulaires, modifié en dernier lieu par le décret n° 2004-576 du 21 juin 2004 ;

Le Conseil d'Etat (section de l'intérieur) entendu,

Décète :

Arrêtent :

(...)

## **Chapitre II**

### **Etablissement des listes électorales**

#### **Article 6**

Le préfet met à la disposition du public, du 1er août au 1er septembre inclus, dans le greffe de chaque juridiction de première instance compétente en matière commerciale et comportant des juges élus, à la chambre de commerce et d'industrie ainsi qu'à la préfecture, un exemplaire des listes électorales.

Le préfet informe les électeurs du dépôt des listes électorales et des lieux et modalités de leur consultation, par voie d'affiches apposées à la préfecture du siège du tribunal de commerce, au siège de la chambre et, le cas échéant, par tout autre moyen.

La consultation des listes électorales par voie électronique doit s'effectuer dans le respect des dispositions législatives et réglementaires assurant la sécurité et la confidentialité des données.

Tout électeur est autorisé à prendre communication des listes électorales et à en prendre copie à ses frais auprès du greffe de la juridiction mentionnée au premier alinéa du présent article.

(...)

## **Chapitre V**

### **Du scrutin**

#### **Section 1**

##### **Du vote par correspondance**

#### **Article 23**

La commission vérifie que le nombre des enveloppes d'acheminement des votes correspond à celui qui est porté sur l'état récapitulatif mentionné à l'article 21. Si une différence est

constatée, mention en est faite sur le procès-verbal paraphé par chaque membre de la commission.

La commission procède à l'ouverture des enveloppes d'acheminement des votes.

Le président ou un membre de la commission désigné par lui vérifie que le vote émis correspond à la catégorie et à la sous-catégorie et au ressort de la juridiction dont relève l'électeur et, dans le cas contraire, écarte ce vote du dépouillement.

Le président ou un membre de la commission désigné par lui constate le vote de chaque électeur en apposant sa signature, éventuellement avec l'assistance de moyens électroniques, en face du nom de l'électeur, sur la copie de la liste électorale qui constitue la liste d'émargement, dans des conditions de sécurité et d'authentification et selon des modalités définies par arrêté conjoint du garde des sceaux, ministre de la justice, et du ministre chargé de la tutelle des chambres de commerce et d'industrie pris après avis de la Commission nationale de l'informatique et des libertés.

Un membre de la commission introduit ensuite chaque enveloppe de scrutin dans l'urne correspondante.

Le recensement des votes est effectué dans les formes prévues aux deuxième et troisième alinéas de l'article L. 65 du code électoral et suivant les règles fixées à l'article L. 66 de ce code.

(...)

## **Section 2**

### **Du vote électronique**

#### **Article 25**

La commission d'organisation des élections adresse à tous les électeurs, en même temps que les documents prévus au 2° de l'article 16, une instruction relative aux modalités d'accès au système de vote électronique auquel l'électeur doit se relier pour voter ainsi que les instruments permettant l'expression du vote selon des modalités garantissant sa confidentialité.

Ces instruments permettent l'authentification de l'électeur et la vérification de l'unicité de son vote selon des exigences de sécurité et des modalités définies par arrêté conjoint du garde des sceaux, ministre de la justice, et du ministre chargé de la tutelle des chambres de commerce et d'industrie pris après avis de la Commission nationale de l'informatique et des libertés.

#### **Article 26**

Pour voter par voie électronique, l'électeur, après connexion au site internet ou à tout autre réseau accessible à tous les électeurs, s'identifie, exprime son vote et le valide au moyen des instruments d'authentification qui lui ont été attribués. Il vérifie l'inscription sécurisée de son vote par le système de vote électronique. La transmission du vote et l'émargement de l'électeur font l'objet d'un accusé de réception électronique sur lequel figure la date de ladite réception.

#### **Article 27**

Le jour du dépouillement des votes, le président de la commission d'organisation des élections imprime la liste d'émargement à partir du traitement « fichier des électeurs ». Cette liste constitue la liste d'émargement pour le vote par correspondance.

Le président et l'un des membres de la commission reçoivent chacun une clé de dépouillement distincte, selon des modalités en garantissant la confidentialité, permettant d'accéder aux données du fichier dénommé « contenu de l'urne électronique ». Le président reçoit également les éléments permettant la vérification de l'intégrité du système de vote électronique.

Après clôture des opérations de vote et vérification de l'intégrité du fichier dénommé « contenu de l'urne électronique », le président de la commission d'organisation des élections et le membre de celle-ci mentionné à l'alinéa précédent procèdent publiquement au dépouillement.

Les décomptes des voix par candidat doivent apparaître lisiblement à l'écran et faire l'objet d'une édition sécurisée qui est portée au procès-verbal de l'élection.

Le système de vote électronique est verrouillé après le dépouillement de sorte qu'il soit impossible de reprendre ou de modifier le résultat après la décision de clôture du dépouillement prise par la commission.

La commission d'organisation des élections contrôle que le nombre total de votes exprimés par voie électronique correspond au nombre de votants figurant sur la liste d'émargement.

Le nombre total de suffrages exprimés par voie électronique ainsi que le nombre de voix obtenues par chaque candidat sont portés au procès-verbal.

## **Chapitre VI**

### **Des fichiers**

#### **Article 28**

Les données relatives aux électeurs inscrits sur les listes électorales ainsi que celles relatives à l'expression du vote font l'objet, selon des modalités fixées par arrêté conjoint du garde des sceaux, ministre de la justice, et du ministre chargé de la tutelle des chambres de commerce et d'industrie pris après avis de la Commission nationale de l'informatique et des libertés, de traitements automatisés d'information effectués sur des systèmes informatiques distincts dénommés « fichier des électeurs » et « contenu de l'urne électronique ».

Le traitement « fichier des électeurs » est établi à partir des listes électorales dressées par la commission d'établissement des listes électorales. Le fichier des électeurs permet à la commission d'organisation des élections d'adresser à chaque électeur les instruments d'authentification mentionnés à l'article 25, d'identifier les électeurs ayant pris part au vote électronique et d'éditer la liste d'émargement. L'émargement indique l'heure du vote. Les listes d'émargement doivent être enregistrées sur un support distinct de celui de l'urne électronique, scellé, non réinscriptible, rendant son contenu inaltérable et probant.

Le fichier dénommé « contenu de l'urne électronique » recense les votes exprimés par voie électronique. Les données de ce fichier font l'objet d'un chiffrement et ne doivent pas comporter de lien permettant l'identification des électeurs. (...)

**Arrêté du 7 septembre 2004 relatif aux opérations électorales pour l'élection des délégués consulaires** - Texte publié au Journal Officiel n° 210 du 9 septembre 2004 page 15869

NOR: JUSB0410433A

Le garde des sceaux, ministre de la justice, le ministre délégué à l'industrie, le ministre délégué aux petites et moyennes entreprises, au commerce, à l'artisanat, aux professions libérales et à la consommation,

Vu le code électoral ;

Vu le code de commerce ;

Vu le décret n° 2004-799 du 29 juillet 2004 relatif à l'élection des délégués consulaires,

Arrêtent :

### **Article 1**

I. - Les listes électorales prévues aux articles 5 et 6 du décret du 29 juillet 2004 susvisé sont destinées :

- a) A être mises à disposition du public dans les conditions fixées à l'article 6 du même décret ;
- b) A l'établissement des plis adressés aux électeurs par la commission mentionnée à l'article L. 713-17 du code de commerce ;
- c) A servir de support à l'émargement lors du dépouillement du scrutin.

II. - Les listes électorales dressées en vertu de l'article L. 713-14 du code de commerce par ressort de juridiction de première instance compétente en matière commerciale et comportant des juges élus sont subdivisées en catégories ou, le cas échéant, en sous-catégories professionnelles.

III. - Les listes doivent porter la mention de la juridiction de première instance compétente en matière commerciale comportant des juges élus. Elles comportent pour chaque électeur les informations suivantes :

- la sous-catégorie et la catégorie de l'électeur ;
- un numéro d'ordre sur la liste ;
- le numéro SIREN de l'entreprise ;
- la raison sociale de l'entreprise ;
- les nom, prénoms, nationalité et date de naissance de l'électeur ;

- l'adresse de correspondance de l'électeur pour l'expédition du matériel de vote prévu au I (b) ci-dessus ;

- l'adresse professionnelle de l'électeur pour répondre aux objectifs prévus au I (a et c) ci-dessus ;

- l'adresse internet de l'électeur dans le cas où cette mention est nécessaire aux opérations de vote.

(...)

### **Article 8**

Les enveloppes d'envoi du matériel de vote sont d'une dimension de 162 mm x 229 mm avec fenêtre pour un porte adresse. Les enveloppes d'envoi du matériel de vote électronique sont conformes aux spécifications prévues en annexe du présent arrêté.

Les enveloppes d'acheminement du vote sont d'une dimension de 110 mm x 220 mm.

Les enveloppes de scrutin contenant les bulletins de vote sont d'une dimension de 90 mm x 139 mm. Elles peuvent être de couleurs différentes selon les catégories professionnelles ou, le cas échéant, les sous-catégories professionnelles.

Les enveloppes d'acheminement des votes prévues à l'article 21 du décret du 29 juillet 2004 susvisé peuvent comporter des mentions supplémentaires.

Les modalités relatives à la transmission aux électeurs du matériel électoral et au retour des plis contenant les votes font l'objet d'une convention avec l'entreprise chargée de l'acheminement du courrier signée entre cette entreprise, l'assemblée des chambres françaises de commerce et d'industrie et le ministère chargé de la tutelle administrative des chambres de commerce et d'industrie.

Le format des enveloppes et les mentions portées sur les enveloppes d'envoi du matériel de vote et d'acheminement des votes répondent également aux spécifications qui figurent en annexe au présent arrêté. (...)

### **Décret du 27 août 2004 modifiant le décret n° 99-433 du 27 mai 1999 relatif à la composition des chambres de métiers et à leur élection**

Texte publié au Journal Officiel n° 202 du 31 août 2004 page 15525

NOR : PMEA0420014D

Le Premier ministre,

Sur le rapport du ministre d'Etat, ministre de l'économie, des finances et de l'industrie,

Vu le code de l'artisanat ;

Vu le code électoral ;

Vu le code de justice administrative ;

Vu le code pénal, notamment ses articles 131-13 et R. 610-1 ;

Vu le code du travail, notamment son article L. 133-2 et le titre Ier du livre IV ;

Vu la loi n° 78-17 du 6 janvier 1978 modifiée relative à l'informatique, aux fichiers et aux libertés ;

Vu la loi n° 96-603 du 5 juillet 1996 relative au développement et à la promotion du commerce et de l'artisanat, notamment son article 19-1 ;

Vu l'ordonnance n° 2003-1067 du 12 novembre 2003 relative à l'élection des membres des chambres de commerce et d'industrie, à la prorogation des mandats des délégués consulaires et modifiant le code de commerce ;

Vu le décret n° 98-247 du 2 avril 1998 relatif à la qualification artisanale et au répertoire des métiers, notamment ses articles 7 et 19 ;

Vu le décret n° 99-433 du 27 mai 1999 relatif à la composition des chambres de métiers et à leur élection ;

Vu le décret n° 2001-272 du 30 mars 2001 pris pour l'application de l'article 1316-4 du code civil et relatif à la signature électronique ;

Vu l'avis de la Commission nationale de l'informatique et des libertés en date du 22 janvier 2004 ;

Le Conseil d'Etat (section des finances) entendu,

Décète :

(...)

### **Article 11**

"L'article 13 du même décret est ainsi modifié :

1° Le premier alinéa est remplacé par deux alinéas rédigés comme suit :

« Dans les cinq jours qui suivent la date de réception de la liste électorale, le préfet informe les électeurs du dépôt de celle-ci et de la possibilité de la consulter pendant une durée de dix jours, par voie d'affiches apposées à la préfecture ou, si nécessaire, à la sous-préfecture du siège de la chambre de métiers, au siège de la chambre et, le cas échéant, par tout autre moyen à sa convenance.

« Lorsque la consultation des listes électorales par voie électronique est prévue, elle doit s'effectuer dans des conditions de sécurité et de confidentialité assurant le respect du code électoral. » ;

2° Le second alinéa est remplacé par deux alinéas rédigés comme suit :

« Tout électeur est autorisé à prendre communication des listes électorales et à en prendre copie à ses frais auprès de la chambre de métiers.

« Tout usage commercial des listes électorales établies pour les élections aux chambres de métiers est puni de l'amende prévue pour les contraventions de la 5e classe. »"

### **Article 21**

"L'article 23 du même décret est ainsi modifié :

1° Au premier alinéa, les mots : « le jour des élections » sont remplacés par les mots : « le dernier jour du scrutin » ;

2° Après le deuxième alinéa, il est inséré un alinéa ainsi rédigé :

« Le cas échéant, il peut s'exercer par voie électronique. En cas d'utilisation par un même électeur au titre de la même qualité des deux modes de vote, seul le vote par voie électronique est considéré comme valide. » ;

3° Le troisième alinéa est supprimé."

### **Article 28**

"Il est inséré après le titre IV du même décret un titre IV bis ainsi rédigé :

« TITRE IV bis

#### **Vote électronique**

« Art. 29-1. - La commission d'organisation des élections adresse à tous les électeurs, en même temps que les documents prévus au second alinéa de l'article 28, une circulaire relative aux modalités d'accès au système de vote électronique auquel l'électeur doit se relier pour voter, ainsi que, selon des modalités garantissant leur confidentialité, les instruments permettant l'expression du vote.

« Ces instruments permettent l'authentification de l'électeur et la vérification de l'unicité de son vote, selon des exigences de sécurité et des modalités définies par arrêté du ministre chargé de l'artisanat, pris après avis de la Commission nationale de l'informatique et des libertés.

« Art. 29-2. - Pour voter par voie électronique, l'électeur, après connexion au site internet ou à tout autre réseau accessible à tous les électeurs, s'identifie, exprime son vote et le valide au moyen des instruments d'authentification qui lui ont été attribués. Il vérifie l'inscription sécurisée de son vote par le système de vote électronique. La transmission du vote et l'émargement de l'électeur doivent pouvoir faire l'objet d'une date certaine de réception et d'un accusé de réception électronique.

« Art. 29-3. - Les données relatives aux électeurs inscrits sur les listes électorales, ainsi que celles relatives à l'expression de leur vote, font l'objet, selon les modalités techniques fixées par arrêté du ministre chargé de l'artisanat, pris après avis de la Commission nationale de l'informatique et des libertés, de traitements automatisés d'information effectués sur des systèmes informatiques distincts, dédiés et isolés, respectivement dénommés "fichier des électeurs et "contenu de l'urne électronique.

« Le traitement "fichier des électeurs" est établi à partir de la liste électorale dressée par le président de la chambre de métiers. Ce traitement permet à la commission d'organisation des élections d'adresser à chaque électeur les instruments d'authentification mentionnés à l'article 29-1 du présent décret, d'identifier les électeurs ayant pris part au vote électronique et d'éditer la liste d'émargement. L'émargement indique l'heure du vote. Les deux exemplaires de la liste d'émargement doivent être enregistrés sur un support distinct de celui de l'urne électronique, scellé, non réinscriptible, rendant son contenu inaltérable et probant.

« Le fichier dénommé "contenu de l'urne électronique" recense les votes exprimés par voie électronique. Les données de ce second fichier font l'objet d'un chiffrement et ne doivent pas comporter de lien permettant l'identification des électeurs.

« Art. 29-4. - Le jour du dépouillement des votes, le président de la commission d'organisation des élections imprime en deux exemplaires la liste d'émargement à partir du traitement "fichier des électeurs". Cette liste constitue la liste d'émargement pour le vote par correspondance.

« Le président de la commission et l'un des assesseurs reçoivent chacun une clé de dépouillement distincte, selon des modalités en garantissant la confidentialité, permettant d'accéder aux données du fichier dénommé "contenu de l'urne électronique". Le président reçoit également les éléments permettant la vérification de l'intégrité du système de vote électronique.

« Après la clôture des opérations de vote et vérification de l'intégrité du fichier dénommé "contenu de l'urne électronique", le président de la commission d'organisation des élections et l'assesseur mentionné à l'alinéa précédent procèdent publiquement au dépouillement.

« Les décomptes des voix par candidat et par listes de candidats doivent apparaître lisiblement à l'écran et faire l'objet d'une édition sécurisée afin d'être portée au procès-verbal de l'élection.

« Le système de vote électronique est verrouillé après le dépouillement, de sorte qu'il soit impossible de reprendre ou de modifier le résultat après la décision de clôture du dépouillement prise par la commission.

« La commission d'organisation des élections contrôle que le nombre total de votes exprimés par voie électronique correspond au nombre de votants figurant sur les deux exemplaires de la liste d'émargement.

« Le nombre total de suffrages exprimés par voie électronique ainsi que le nombre de voix obtenues par chaque liste sont portés au procès-verbal.

« Art. 29-5. - Jusqu'à l'expiration des délais de recours contentieux, les fichiers supports comprenant la copie des programmes sources et exécutables, les matériels de vote, les fichiers d'émargement, de résultat et de sauvegarde, doivent être conservés sous scellés sous le contrôle de la commission d'organisation des élections. La procédure de décompte des votes enregistrés doit, si nécessaire, pouvoir être exécutée de nouveau.

« A l'expiration de ces délais, et si aucun recours n'a été exercé, il est procédé à la destruction des fichiers supports sous le contrôle de la commission d'organisation des élections.

« Art. 29-6. - Les modalités d'application du présent titre et d'expertise du système de vote sont fixées par arrêté du ministre chargé de l'artisanat, pris après avis de la Commission nationale de l'informatique et des libertés. »"



## Article 29

"L'article 30 du même décret est remplacé par les dispositions suivantes :

« Art. 30. - I. - Le cinquième jour suivant la date de clôture du scrutin, la commission d'organisation des élections procède aux opérations de dépouillement des votes, en séance publique et en présence de scrutateurs désignés parmi les électeurs par le président de la commission et par les candidats ou les mandataires des listes en présence.

« Deux urnes sont mises en place par le président de la commission d'organisation des élections ou une personne désignée par lui, l'une destinée à recevoir le vote pour le collège des activités, la seconde destinée à recevoir le vote pour le collège des organisations professionnelles.

« La commission vérifie que le nombre de plis électoraux correspond à celui porté sur l'état récapitulatif. Si une différence est constatée, mention en est faite sur le procès-verbal paraphé par chaque membre de la commission d'organisation des élections.

« La commission procède à l'ouverture des enveloppes d'envoi. Le président, ou un membre de la commission désigné par lui, constate le vote de chaque électeur en apposant sa signature, éventuellement avec l'assistance de moyens électroniques, en face du nom de l'électeur, sur chacune des deux listes d'émargement, dans les conditions de sécurité et d'authentification et selon des modalités définies par arrêté du ministre chargé de l'artisanat, pris après avis de la Commission nationale de l'informatique et des libertés.

« Pour le vote au collège des activités, le président ou une personne désignée par lui vérifie que le vote émis correspond à la catégorie dont relève l'électeur. Un membre de la commission introduit ensuite chaque pli de vote dans l'urne correspondante.

« II. - Le président de la commission d'organisation des élections ou une personne désignée par lui procède à l'ouverture de l'urne contenant les votes au collège des activités et, après vérification du nombre des enveloppes par catégorie, effectue le recensement des votes. Si le nombre d'enveloppes est différent du nombre d'émargement, il en est fait mention au procès-verbal.

« Le président de la commission ou une personne désignée par lui totalise le nombre de suffrages obtenus par chaque candidat de chaque catégorie du collège des activités et attribue les sièges conformément aux règles figurant au I de l'article 3 ci-dessus.

« III. - Le président de la commission ou une personne désignée par lui procède à l'ouverture de l'urne contenant les votes au collège des organisations professionnelles et effectue les mêmes opérations pour le recensement des votes à ce collège.

« La commission détermine le quotient électoral pour le collège des organisations professionnelles et calcule le nombre de sièges obtenus par chaque liste. Elle attribue les sièges en tenant compte de l'ordre de présentation.

« IV. - Toutes les opérations manuelles de dépouillement visées au présent article peuvent être effectuées par des moyens électroniques, selon des modalités définies par arrêté du ministre chargé de l'artisanat, pris après avis de la Commission nationale de l'informatique et des libertés. »"

## **Arrêté du 30 juillet 2004 relatif aux opérations électorales pour l'élection des membres des chambres de commerce et de l'industrie**

Texte publié au Journal Officiel n° 181 du 6 août 2004 page 13982

NOR : INDI0403477A

Le ministre délégué à l'industrie et le ministre délégué aux petites et moyennes entreprises, au commerce, à l'artisanat, aux professions libérales et à la consommation,

Vu le code électoral ;

Vu le code de commerce ;

Vu la loi du 9 avril 1898 modifiée relative aux chambres de commerce et d'industrie ;

Vu le décret n° 66-570 du 30 juillet 1966 modifiant la circonscription et l'organisation de la chambre de commerce et d'industrie de Paris, modifié par le décret n° 2004-576 du 21 juin 2004 ;

Vu le décret n° 66-571 du 30 juillet 1966 relatif à la chambre de commerce et d'industrie de Versailles - Val-d'Oise - Yvelines, modifié par le décret n° 2004-576 du 21 juin 2004 ;

Vu le décret n° 80-307 du 29 avril 1980 fixant le tarif général des greffiers des tribunaux de commerce et modifiant l'article R. 821-2 du code de l'organisation judiciaire ;

Vu le décret n° 91-739 du 18 juillet 1991 modifié relatif aux chambres de commerce et d'industrie, aux chambres régionales de commerce et d'industrie, à l'Assemblée des chambres françaises de commerce et d'industrie et aux groupements interconsulaires, modifié par le décret n° 2001-544 du 25 juin 2001 et par le décret n° 2004-576 du 21 juin 2004,

Arrêtent :

(...)

### **Article 10**

Le format des enveloppes et les mentions portées sur les enveloppes d'envoi du matériel de vote et d'acheminement des votes répondent aux spécifications qui figurent en annexe au présent arrêté.

Les enveloppes d'acheminement des votes prévues au I de l'article 25 du décret du 18 juillet 1991 susvisé peuvent comporter des mentions supplémentaires.

Les enveloppes d'envoi du matériel de vote sont d'une dimension de 162 mm x 229 mm avec fenêtre pour un porte-adresse. Les enveloppes d'envoi du matériel de vote électronique sont conformes aux spécifications prévues en annexe du présent arrêté.

Les enveloppes d'acheminement du vote sont d'une dimension de 110 mm x 220 mm.

Les enveloppes de scrutin contenant les bulletins de vote sont d'une dimension de 90 mm x

139 mm. Elles peuvent être de couleurs différentes selon les catégories professionnelles ou, le cas échéant, les sous-catégories professionnelles.

Les autres modalités relatives à la transmission aux électeurs du matériel électoral et au retour des plis contenant les votes font l'objet d'une convention avec l'entreprise chargée de l'acheminement du courrier signée entre cette entreprise, l'assemblée des chambres françaises de commerce et d'industrie et le ministère chargé de la tutelle administrative des chambres de commerce et d'industrie.

### **Article 11**

Pour l'application de l'article 22 du décret du 18 juillet 1991 susvisé, les frais de propagande, s'entendent du coût du papier, de l'impression des bulletins de vote, des circulaires et des affiches et des frais d'affichage.

Chaque groupement sous l'étiquette duquel des candidatures sont présentées dans la circonscription, chaque candidat isolé peuvent prétendre au remboursement des frais de reproduction d'un seul modèle de circulaire, d'un seul modèle d'affiche et d'un modèle de bulletin par catégorie ou, le cas échéant, sous-catégorie professionnelle.

### **Article 12**

Les plafonds maxima de dépenses d'impression et d'affichage arrêtés par les préfets dans les limites desquels les candidats peuvent prétendre à remboursement par référence à l'article L. 52-11 du code électoral sont ceux des documents présentant les caractéristiques suivantes :

1° Bulletins de vote sur papier blanc ou éventuellement sur papier recyclé, 80 grammes au mètre carré, ne pouvant dépasser les formats suivants :

74 mm x 105 mm, pour une candidature isolée ;

148 mm x 210 mm, pour les regroupements de candidats ;

210 mm x 297 mm, pour le document unique visé à l'article 7 ci-dessus.

Le nombre de bulletins admis à remboursement ne peut excéder celui effectivement remis conformément à l'article 8 du présent arrêté.

Les bulletins de vote précisent :

- le nom et le prénom usuels du ou des candidats ;
- le cas échéant, leurs titres et décorations ;
- leur profession ;
- la commune de leur activité ;
- l'entité sous l'égide de laquelle ils se présentent et la personne soutenant la ou les candidatures ;

- leur sous-catégorie, ou à défaut leur catégorie professionnelle ;
- la mention, le cas échéant, du département.

Les formats et les mentions des bulletins de vote pour le vote électronique peuvent s'écarter des dispositions ci-dessus, à condition de garantir une stricte égalité entre les candidats.

2° Circulaires sur papier blanc satiné, 100 grammes au mètre carré, d'un format maximum de 297 mm x 420 mm, en quadrichromie.

Le nombre de circulaires admis à remboursement ne peut excéder celui effectivement remis conformément à l'article 8 du présent arrêté.

3° Les affiches électorales sur papier couleur, 100 grammes au mètre carré, sans travaux de repiquage, d'un format maximum de 594 mm x 841 mm.

Le nombre d'affiches admises à remboursement ne peut excéder une affiche pour cent électeurs inscrits.

Conformément à l'article R. 27 du code électoral les affiches ne peuvent comporter une combinaison des trois couleurs : bleu, blanc, rouge.

Par référence à l'article L. 52-11-1 du code électoral, le préfet fixe par arrêté un montant maximum de remboursement des dépenses engagées par les candidats dans les conditions ci-dessus.

Les demandes de remboursement sont adressées au président de la chambre de commerce et d'industrie.

Conformément à l'article R. 39 du code électoral, les tarifs d'impression ne peuvent s'appliquer qu'à des documents présentant les caractéristiques ci-dessus et excluant tous travaux de photogravure (clichés, simili ou trait).

Les candidats d'une liste ou un candidat isolé peuvent choisir d'utiliser un papier de qualité supérieure, de faire imprimer des photographies sur les affiches ou sur les circulaires, d'utiliser un mode d'impression d'un coût supérieur à la quadrichromie. Ces dépenses supplémentaires ne sont pas soumises à remboursement. (...)

#### **Anhang 4:**

**Bestimmungen des estnischen *Riigikogu Election Act*, die auch - angepasst - im *Local Government Council Election Act*, dem *Referendum Act*, und dem *European Parliament Election Act* enthalten sind:**

(1) On advance polling days, voters holding a certificate for giving a digital signature may vote electronically on the web page of the National Electoral Commission. A voter shall vote himself or herself.

- (2) A voter shall identify himself or herself giving a digital signature.
- (3) After identification of the voter, the consolidated list of candidates in the electoral district of the residence of the voter shall be displayed to the voter on the web page. The opportunity for the voter to examine the national lists of candidates shall be provided.
- (4) The voter shall indicate on the web page the candidate in the electoral district of his or her residence for whom he or she wishes to vote and shall confirm the vote.
- (5) A notice that the vote has been taken into account shall be displayed to the voter on the web page.

**Anhang 5:**  
**bulgarischer E-Voting-Gesetzesentwurf**

**ELECTRONIC VOTING ACT**

BILL as of June 30, 2004

**General**

Art. 1. This Act shall govern electronic voting for the purpose of holding elections and referenda.

Art. 2. (1) The following persons shall be eligible to vote electronically:

1. Bulgarian citizens of 18 years of age on the day of the election, are not under legal interdiction and are not currently serving a prison sentence;
2. Citizens of the EU member countries who by virtue of law are eligible to vote in the respective kind of election or referendum.

(2) In order to vote electronically, the voters shall file an application and a statement under this Act.

Art. 3. (1) Electronic voting shall be considered equal and take place simultaneously with paper-ballot voting on the grounds of general, free, equal, secret and direct voting.

(2), The general requirements for paper-ballot voting shall apply and be obligatory in the case of electronic voting.

Art. 4. The citizens shall have the choice to vote either electronically or by paper-ballot voting.

Art. 5. The state authorities and the election officials shall carry out an information campaign on electronic voting in the national media and through the channels of e-government.

Art. 6. Electronic voting and voting data processing shall be observed and monitored by the Central Electoral Authority, the Regional Electoral Authorities and the specialized state administration.

Art. 7. All costs for the preparation and realization of electronic voting shall be borne by the state budget.

**Electoral Regions and Authorities**

Art. 8. (1) For the purpose of electronic voting, the territory of the country shall be subdivided into 31 electoral regions, corresponding to the regions respectively determined in the Election of Members of Parliament Act and the Election of President and Vice-President Act.

(2) The vote of each voter under Art. 2, Par. 1, Item 1, shall be recorded in the electoral region of his/her permanent residence.

(3) The vote of each voter under Art. 2, Par. 1, Item 2, shall be recorded in the electoral region of his/her address of residence in the Republic of Bulgaria.

Art. 9. (1) Electronic voting shall take place under the control and methodical guidance of the Central Electoral Authority, and the Regional Electoral Authorities, respectively appointed under the Election of Members of Parliament Act and the Election of President and Vice-President Act.

(2) The Central Electoral Authority shall issue and publish in the State Gazette Methodical Guidance Instructions on Electronic Voting not later than 55 days before the day of the election. The Instructions shall be sent to the Regional Electoral Authorities and the Regional administrations, and shall be published on websites under Art. 15, Par. 1, and Art. 19, Par. 1.

Art. 10. (1) A specialized technical service and electronic voting control unit shall be set up at the Council of Ministers.

(2) When carrying out their duties, the members of this specialized unit shall be considered as acting in the capacity of officials with respect to the provisions of the Penal Code.

### **Electronic voting**

Art. 11. (1) Electronic voting shall take place with the help of electronic means of communication and data processing included in a respective technical system.

(2) The technical system shall be designed, realized and maintained in a manner which:

- shall ensure an easy and comprehensible access to the mechanisms and manner of electronic voting, and facilitated access of voters with disabilities;
- shall provide on-line voters with instructions for the necessary steps required for e-voting;
- shall provide for a permanent official contact with the electronic voter register;
- shall ensure that only those persons eligible to vote and duly registered shall be able to vote;
- shall ensure that voters using remote-voting channels shall not bear any additional costs exceeding the usual Internet and phone communication costs;
- shall ensure reliable and quick identification of voters;
- shall provide information equal in quality and volume to all political subjects taking part in the election;
- shall guarantee the secret of the vote and respectively the free expression of the will of voters;
- shall prevent the buying and manipulation of votes;
- shall offer clear and discernible options for voting for different political subjects during political elections, or for various choices in referenda.
- shall provide for an easy navigation in the user software and electronic ballot in particular;

- shall not require specific skills other than those necessary for Internet and digital phone use;
- shall allow for the use of standard browsers in the case of Internet voting terminals;
- shall allow for electronic vote casting for a time period not exceeding three minutes;
- shall guarantee that each voter shall cast only one vote in any kind of election and that each vote shall be stored and counted only one time;
- shall be in agreement with the highest quality and durability standards of the applied hardware and software;
- shall ensure the highest degree of reliability against external impact or unauthorized access, and shall include protection against hacker attacks;
- in case of an interruption of voting due to insurmountable problems, the system shall store the votes cast and allow for the continuation of voting after the elimination of obstacles;
- shall allow for preparing a summary of results and their transmission in an electronic format to the Regional Electoral Authorities and the Central Electoral Authority immediately after the termination of vote casting, however not later than 30 minutes after the moment of termination.
- shall ensure the integrity and confidentiality of transmitted information through encryption of data and security of communications;
- shall maintain electronic voting log recording any arising irregularity and deviation from the pre-set mode of operation;
- shall allow for easy maintenance of hardware and fast elimination of any technical faults;
- shall allow for monitoring by independent authorized bodies;
- shall allow for an audit and inspection by authorized bodies;
- shall allow for repeated use of the system within one month after the election.

Art. 12. (1) Voters shall have the right to vote electronically only during the following elections:

- an election for Members of Parliament to a National Assembly and a Grand National Assembly;
- an election for President and Vice-President;
- an election for members of the European Parliament from the Republic of Bulgaria;

(2) In the cases envisaged in a decision by the national Assembly on the holding of a referendum, voters shall have the right to express their choice by means of electronic voting.

Art. 13. Voter shall be able to vote electronically through one of the following means:

1. direct voting - through special devices in the polling stations;
2. remote voting - through:
  - a) Internet terminals,
  - b) digital phones.

Art. 14. (1) When the possibility for electronic voting by means of a special device is provided for in a polling station under Art. 13, Item 1, the possibility for paper-ballot voting should also be provided.

(2) When voting as set forth in Art. 13, Item 1, voters shall cast their vote by means of electronic ballot, realized through a visual, audio or tactile terminal.

(3) The electronic ballot shall offer the possibility not to choose a political subject participating in the elections.

Art. 15. (1) The electoral administration shall set up an interactive website not later than seven days after the date of an election has been fixed, providing for:

- registration of voters who wish to vote electronically;
- information in connection with the elections;

(2) The website shall be maintained for at least one month after the official publishing of election results;

(3) Voters wishing to vote electronically shall state their intention on the website not later than 21 days before the date of the election, indicating:

- their name;
- their ID number;
- their postal address;
- their electronic address, phone and fax numbers.

(4) Voters under the preceding Par. shall declare that they shall vote only through remote e-voting channels, and that they have been advised that shall not be able to vote in polling stations.

(5) The information under Par. (3) shall be processed and stored in accordance with the Personal Data Protection Act.

(6) In polling stations, in the column for signatures in the register of voters, under Art. 3., the text "application for remote e-voting" or the abbreviation "AREV" shall be printed by the electoral administration.

Art. 16. (1) After receiving an application under Art. 15, Par. 3, the electoral administration shall check whether the applicant is eligible to vote in accordance with the information contained in the ESGRAON data base.

(2) The electoral administration may request that the applicant provide additional information through the communication means he/she has indicated.

(3) After ascertaining that the applicant is eligible to vote, the electoral administration shall issue to him/her remote voting passwords. These passwords shall be sent by registered mail to the address provided by the applicant not later than eighteen days before the date of the election.

(4) Immediately after sending the passwords, the electoral administration shall inform the applicant through his electronic address or fax number.

Art. 17 (1) Voters under Art. 15, Par. (3) shall have the right to refuse e-voting.

(2) Voters shall state their refusal of e-voting through the website under Art. 15, Par. (1) by identifying themselves by means of their ID number and the passwords received under Art. 15, Par. (3) not later than 10 days before the date of the election.

(3) Voters under Par. (1) shall restore their eligibility to vote in a polling station according to their permanent address and the text under Art. 15, Par. (6) shall be deleted by the electoral administration.

Art. 18. (1) The electoral administration shall set up and maintain a register of voters who have applied for e-voting.

(2) The register shall contain the names of those who have cast their vote.

Art. 19. (1) The electoral administration shall set up and maintain on the Internet a special website for voting through Internet terminals.



(2) This website shall provide information on all actions necessary for this type of voting.

(3) The website may provide balance information in equal format on the political subjects taking part in the elections.

(4) The website shall be maintained for 48 hours, and this period shall expire at 20:00 pm on election day.

Art. 20. Remote voting under the preceding Art. shall involve the following phases:

1. Voters visit the electronic address of the website;
2. Voters enter their ID number as a user name and use the passwords under Art. 16, Par. (3);
3. In the case of three unsuccessful identification attempts, the access to the system shall be denied to the user for one hour;
4. After successful identification under Item 2, the voter receives an electronic ballot, containing the same voting options as the paper-ballot, with the option not to vote for any political subject participating in the election;
5. After the voter has made his/her choice, the system requires him/her to confirm his/her vote;
6. the voter can change his/her choice only once, and after this change a confirmation of the new choice shall be required;
7. After the confirmation of the choice under Item 4 or 5, the vote shall be recorded and stored in the electronic ballot box ;
8. After the vote has been recorded in the electronic ballot box, the voter receives a message confirming the termination of the voting procedure;
9. After the termination of voting, information on the choice made disappears from the terminal and is rendered inaccessible to the next user of this terminal;
10. The information on the identity of the voter and his/her choice is deleted from the memory of the device used for voting.

Art. 21. (1) After completing the procedures under the preceding Art., the electronic vote shall be stored in the electronic ballot box.

(2) The votes stored in the electronic ballot box shall not contain information allowing the disclosure of the voter's identity.

Art. 22. (1) Immediately after the closing of the remote voting website, the data shall be summarized by the electoral districts and sent by fax or in electronic format signed with an electronic signature to the Regional Electoral Authority or to the Central Electoral Authority.

(2) Electronic votes including votes cast abroad shall be sent to the Regional Electoral Authority in accordance with the respective permanent address of the voter.

Art. 23. (1) Citizens may also use remote voting channels by means of digital phones, as well as SMS messages.

(2) For the purpose of voting under the preceding Par., the electoral administration shall maintain multi-channel telephones through licensed digital phone, mobile phone and cable operators.

(3) The telephones shall be maintained for a period of 24 hours until the closure of polling stations on the territory of the country.

Art. 24. Remote voting under the preceding Art. shall involve the following stages:

1. The voter dials the telephone number;

2. The voter enters his ID number as a user name and uses the passwords under Art. 16, Par. (3);
3. In the case of three unsuccessful identification attempts, the access to the system shall be denied to the user for one hour;
4. After successful identification under Item 2, the voter receives information on the codes (numbers) of political subject participating in the election as well as the possibility of not choosing any of them. ;
5. After the voter has made his/her choice through the code under the preceding Item,, the system requires him/her to confirm his/her vote;
6. The voter can change his/her choice only once, and after this change a confirmation of the new choice shall be required;
7. After the confirmation of the choice, the vote shall be recorded and stored in the electronic ballot box and he/she receives a message confirming the termination of the voting procedure;
8. After the vote has been received, the information about the voter's choice shall be inaccessible to other users of the digital phone.

Art. 25. (1) After the closure of the remote voting telephones under Art. 23, Par.(2), the data shall be summarized by electoral regions and shall be sent by fax and in electronic format, signed with electronic signature, to the Regional Electoral Authorities and the Central Electoral Authority.

(2) Electronic votes including votes cast abroad, shall be sent to the Regional Electoral Authority in accordance with the respective permanent address of the voter.

#### **Data processing by the Electoral Authorities**

Art. 26. (1) The electronic voting data shall be filed in the Regional Electoral Authority's record by political parties, coalitions and candidates, and the invalid votes shall also be indicated.

(2) Voting results by electoral regions and the country as a whole, shall be calculated by pooling the data on paper-ballot voting and electronic voting.

(3) Immediately upon signing the record, the Regional Electoral Authority shall forward it to the Central Electoral Authority by fax or in an electronic format respectively signed with an electronic signature.

(4) The Regional Electoral Authorities shall send all electoral records to the central Electoral Committee not later than 12 hours after signing the record.

Art. 27. (1) Current data and preliminary results of electronic voting and paper-ballot voting shall be published in the Central Electoral Authority website immediately after being summarized by electoral regions.

(2) Electronic voting data by political parties, coalitions and candidates shall not be announced before 20:00 pm on election day.

(3) The Central Electoral Authority may communicate data on the number and percent of voters voting electronically even before the deadline specified in the preceding Par.

Art. 28. The final voting results shall be published:

- Immediately after being announced, in the website under Art. 15, Par. 1, the website of the Central Electoral Authority, as well as other e-government websites.
- not later than 30 days after being announced in a Central Electoral Authority Bulletin and on disks and diskettes.

**Administrative and penal provisions**

Art. 29. In case of violations of this Act, the administrative and penal provisions of the following Acts shall be applicable: Election of Members of Parliament Act, Election of President and Vice-President Act, Personal Data Protection Act, and Penal Procedure Code.